1 Grundlagen des Wirtschaftens

1.1 Wirtschaftliche Grundbegriffe

1.1.1 Bedürfnisse

Der Mensch hat zahlreiche Bedürfnisse. Wenn er Durst hat, hat der das Bedürfnis zu trinken. Hat er Hunger, will er etwas essen. Bedürfnisse sind tendenziell unbegrenzt. Sie können auch existieren, wenn sie unerfüllbar sind oder die nötigen Mittel zu ihrer Befriedigung fehlen.

Definition: Unter Bedürfnissen versteht man Mangelempfindungen der Menschen, die diese zu beheben bestreben sind.

Unter Bedarf versteht man die mit Kaufkraft ausgestatteten Bedürfnisse.

1.1.2 Güter

Der Verbrauch oder Gebrauch aller Dinge und Dienste, die der Bedürfnisbefriedigung dienen, erhöhen das Wohlbefinden des Menschen. Man sagt, daß die Bedürfnisbefriedigung „Nutzen" stiftet. Die Mittel, die dem Menschen Nutzen stiften, heißen **Güter**.
Güter kann man nach verschiedenen Gesichtspunkten unterscheiden:

Freie und wirtschaftliche Güter

Freie Güter sind Güter, die in unbeschränktem Maße zur Verfügung stehen z.B. Luft, Wind, Sand, Meerwasser

Wirtschaftliche Güter sind knappe Güter. Ihre Bereitstellung für die Befriedung der Bedürfnisse verursacht in der Regel Kosten.

Materielle und immaterielle Güter

Materielle Güter sind Sachgüter wie Lebensmittel, Kleidung, Auto usw.

Immaterielle Güter sind Dienstleistungen (Unterricht, Beratung durch einen Rechtsanwalt) und Rechte (Patente, Gebrauchsmuster).

Konsum- und Produktionsgüter

Konsumgüter sind Güter, die der unmittelbaren Bedürfnisbefriedung dienen z.B. Kühlschrank, Eigentumswohnung.

Produktionsgüter sind Güter, die zur Herstellung von Wirtschaftsgütern benötigt werden.

1.1.3 Wirtschaften und ökonomisches Prinzip

Wirtschaften

Da die wirtschaftlichen Güter nur begrenzt zur Verfügung stehen und ihre Bereitstellung Kosten verursachen, andererseits die Bedürfnisse zum Teil beträchtlich höher als die zur Verfügung stehenden Güter sind, muß der Mensch sparsam und planvoll mit ihnen umgehen, wenn er ein Höchstmaß an Bedürfnisbefriedigung erreichen will. Ein solches Handeln nennt man ***wirtschaften.***

Definition: Wirtschaften ist der planmäßige Einsatz knapper Güter zur Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse oder anders
Der Grund des Wirtschaftens liegt in dem Gegensatz von tendenziell unbegrenzten Bedürfnissen und er Knappheit der zur Verfügung stehenden Ressourcen.

Ökonomisches Prinzip

Da die Güter nur in begrenztem Maße vorhanden sind, werden die Menschen versuchen, mit den vorhandenen Mitteln ein Höchstmaß an Bedürfnisbefriedigung zu erreichen. Die Menschen handeln wirtschaftlich, oder anders ausgedrückt: Sie handeln nach dem Ökonomischen Prinzip. Es gibt zwei Prinzipien:

Maximalprinzip: Mit gegebenen Mitteln ist der größtmögliche Erfolg zu erzielen.
Minimalprinzip: Ein geplanter Erfolg ist mit dem geringsten Einsatz an Mitteln anzustreben (Sparprinzip).

Das ökonomische Prinzip besagt, daß ein möglichst großer Überschuß an Erfolg über dem Mitteleinsatz anzustreben ist.

2 Volkswirtschaftslehre/Betriebswirtschaftslehre/Wirtschaftssubsjekte

2.1 Volkswirtschaftslehre

Die *Volkswirtschaftslehre* befaßt sich mit dem gesamten Wirtschaftsgeschehen in einem Land. Sie thematisiert dessen Wirtschaftsordnung, die grundsätzlich die Handlungsmöglichkeiten der Einzelwirtschaften festlegt, beschäftigt sich mit den Problemen der Wirtschaftsstruktur, wie sie sich aus der Bedeutung der einzelnen Branchen und Regionen ergibt, und mit dem gesamten Wirtschaftsprozeß und seinen Ergebnissen.

2.2 Betriebswirtschaftslehre

Die *Betriebswirtschaftslehre* konzentriert sich auf die Probleme und Entscheidungen der Einzelwirtschaften. Sie beschreibt und erklärt vorwiegend das Geschehen in den einzelnen Unternehmen. Dazu untersucht sie die Zielsetzungen und Planungsprozesse in den Unternehmen, die Organisationsformen und die betrieblichen Funktionsbereiche im einzelnen und im Gesamtzusammenhang des betrieblichen Geschehens. Sie zeigt Handlungsalternativen auf, bewertet sie und gibt somit Handlungsempfehlungen zur Unternehmensgestaltung, immer unter dem Blickwinkel einer jeweiligen Optimierung des betrieblichen Geschehens, damit die gesetzten einzelwirtschaftlichen Ziele noch besser erreicht werden können.

2.3 Wirtschaftssubjekte

Unternehmen: Sie erstellen Güter (dazu gehören auch Handel und Dienstleistungen) zur Befriedigung von Bedürfnissen (Konsumgüter) oder zur Herstellung anderer Güter (Produktionsgüter bzw. Investitionsgüter).

Private Haushalte: Sie stellen dem Unternehmen Arbeitskraft, Boden (Natur) und Kapital zur Verfügung und verbrauchen die von den Unternehmen hergestellten Konsumgüter.

Staat: Er schafft die Rahmenbedingungen des Wirtschaftens und greift in Form von Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden), Bundesbank und Sozialversicherungen in die Wirtschaft ein.

3 Wirtschaftsordnung und Wirtschaftssysteme

3.1 Wirtschaftsordnung

Wie eine Volkswirtschaft koordiniert wird, hängt von der in dem jeweiligen Land herrschenden Wirtschaftsordnung ab. Unter der Wirtschaftsordnung versteht man die Gesamtheit aller Gesetze, Verordnungen, Regelungen, Gebräuche und Beziehungen, die den Aufbau und Ablauf einer Volkswirtschaft koordinieren.

3.2 Wirtschaftssystem

Wirtschaftssysteme sind gedankliche Modelle der tatsächlich existierenden Wirtschaftsordnungen. In ihnen werden die wesentlichen Elemente einer Wirtschaftsordnung analysiert und zusammengefaßt.

3.2.1 Freie Marktwirtschaft und Planwirtschaft

3.2.1.1 Freie Marktwirtschaft

Die wirtschaftliche Entwicklung beruht im wesentlichen auf den freien, individuellen, eigenständigen Planungen und Entscheidungen der einzelnen Unternehmen und Haushalte. Der gesamte wirtschaftliche Planungsprozeß erfolgt also dezentral. Die Wirtschaftenden treten über frei ausgehandelte Verträge miteinander in Beziehung. Die Produktionsfaktoren befinden sich in Privatbesitz, und der gesamte Produktionsprozeß beruht auf Privatinitiative.

3.2.1.2 Ordnungsmerkmale

Damit eine marktgesteuerte Wirtschaft funktionsfähig sein kann, müssen folgende Ordnungsmerkmale gegeben sein:

- Der Staat greift überhaupt nicht in das Wirtschaftsgeschehen ein. Er hat allenfalls eine Überwachungsfunktion (Nachtwächterstaat).
- Die Entscheidung darüber, was und wieviel produziert wird, liegt ausschließlich bei den Unternehmen (Produktionsfreiheit).
- Die Entscheidung darüber, was und wieviel konsumiert wird, liegt ausschließlich bei den Konsumenten (Konsumfreiheit).
- Es bleibt den Unternehmen und Haushalten überlassen, ob und wieviel sie importieren oder exportieren wollen (Freihandel).
- Die Ausgestaltung der Verträge (Kauf-, Miet-, Pacht-, Kartellverträge usw.) wird den Vertragsparteien überlassen (Vertragsfreiheit).
- Freie Berufswahl, Arbeitsplatzwahl und Freizügigkeit müssen garantiert sein, andernfalls kann der „Lohnmechanismus“ nicht wirken.

3.2.1.3 Vorteile der freien Marktwirtschaft

Eine rein marktwirtschaftliche Steuerung des Wirtschaftsprozesses hat ihre großen Stärken in der produktiven, effizienten, flexiblen und bedarfsgerechten Herstellung von Gütern und Leistungen. Die Planabstimmung und Steuerung ist hoch wirksam. Der Einzelne kann frei entscheiden, muß aber die Folgen seines wirtschaftlichen Handelns (Gewinn bzw. Verlust) selbst tragen. Die Marktwirtschaft gewährleistet:

- größtmögliche Freiheit und Unabhängigkeit
- eine an den Bedürfnissen ausgerichtete Produktion
- hohe Produktivität
- leistungsgerechte Verteilung

3.2.1.4 Nachteile der freien Marktwirtschaft

Die Marktergebnisse in einer Marktwirtschaft können aber unter Umständen problematisch sein und zu einer erheblichen Systemschwäche führen.

- Der Wettbewerb, als wichtigstes Korrektiv zur Durchsetzung von Einzelinteressen, kann durch Kartellbildung und Konzentrationsprozessen in seiner Funktion sehr stark gefährdet werden.
- Wenn der Preismechanismus auf den Märkten nicht schnell genug funktioniert, können starke konjunkturelle Schwankungen mit hoher Arbeitslosigkeit bzw. Inflation entstehen.
- Gerade weil der Markt die tatsächlich erbrachte Leistung jedes Einzelnen bewertet, können sich anfängliche Unterschiede in der Einkommens- und Vermögensverteilung im Zeitablauf verstärken. Dies kann starke soziale Spannungen hervorrufen.
- Durch die kurzfristige Orientierung des Marktes können langfristige wichtige Ziele, wie die Erhaltung der Umwelt und der natürlichen Ressourcen, vernachlässigt werden.

3.2.2.1 Planwirtschaft (Zentralwirtschaft)

Zentralverwaltungswirtschaftliche Systeme beruhen daher auf der Grundidee einer kollektiv, durch den Staat, geplante und organisierte Volkswirtschaft. Durch sie soll, entsprechend dem sozialistischen Ideal, vor allem gewährleistet werden, daß die produzierten Güter gleichmäßig an alle Gesellschaftsmitglieder verteilt werden.
Die Produktionsmittel gehören dem gesamten Kollektiv. Ein mit enorm hohem Bürokratieaufwand entwickeltet, zentraler Wirtschaftsplan legt den Einsatz aller Produktionsfaktoren fest und bestimmt bis ins Detail über die Produktion. Die Preise der Güter werden von vornherein festgesetzt.

3.2.2.2 Ordnungsmerkmale

Damit eine zentralgesteuerte Wirtschaft funktionsfähig sein kann, müssen folgende Ordnungsmerkmale gegeben sein:

- Eine zentrale Planungsbehörde (eine staatliche Behörde) plant Verbrauchs- und Produktionsmengen.
- Die Verteilung der zu erstellenden Gütermengen und Dienstleistungen wird zeitliche und örtlich vorausgeplant.
- Die Produzenten können keine Entscheidungen darüber treffen, was und wieviel sie produzieren wollen (keine Produktionsfreiheit).
- Die Verbraucher können keine Entscheidungen darüber treffen, was und wieviel sie verbrauchen sollen (keine Konsumfreiheit, sondern Zuteilungssystem).
- Weder Unternehmen noch Haushalte können darüber entscheiden, ob und wieviel sie importieren und exportieren wollen (kein Freihandel).
- Keine freie Berufswahl, Arbeitsplatzwahl und keine Freizügigkeit, weil die Planerfüllung verlangt, daß die Arbeitskräfte dort eingesetzt werden, wo sie am dringendsten benötigt werden.

3.2.2.3 Vorteile der Planwirtschaft

- Die Armutsbeseitigung der Bevölkerung wird durch die Umverteilung des vorhandenen Reichtums der Gesellschaft vorgenommen.
- Durch die Abschaffung des Reichtums Einzelner sollte die Armut vieler überwunden werden.
- Der Staat übernimmt in einem solchen System die Aufgabe, für ein hohes Maß an sozialer Sicherheit zu sorgen.

3.2.2.4 Nachteile der Planwirtschaft

- Sie nimmt dem Einzelnen die Verantwortung über die Ergebnisse seines wirtschaftlichen Handelns ab, es fehlt dadurch an individuellen Entscheidungsmöglichkeiten.
- Die Erstellung, Koordinierung und Überwachung eines oder mehrerer zentraler Pläne ist nur mit hohen bürokratischem Aufwand möglich, dadurch sind viele Produktionskräfte gebunden.Initiative und Ideen Einzelner zur Produktion vor Ort werden von oben als störend und lästig empfunden und unterdrückt. Das Engagement und die Motivation zur Innovation werden regelrecht gelähmt.Planvorgaben müssen langfristig (fünf Jahre) festgelegt werden und können Änderungen in der Bedürfnisstruktur oder im Stand der Technik bestenfalls mit erheblicher Zeitverzögerung berücksichtigen.

Merkmal	**Marktwirtschaft**	**Zentralverwaltungs-Wirtschaft**
Planungsordnung	dezentral: durch die Freie Entscheidung vieler Einzelner	zentral: durch den Staat
Lenkungsmechanismus	Marktpreisbildung	Überwachung, Anordnung Preisfestsetzung
Eigentumsordnung	Privateigentum an Produktionsmitteln	Kollektiveigentum an Produktionsmitteln
Motivation	Gewinnmaximierung Nutzenmaxmierung	Planerfüllung

3.2.3 Soziale Marktwirtschaft

Die Koordination der Wirtschaft erfolgt durch Wettbewerb und Preismechanismus. Grundlage dafür ist das Vorherrschen von privatem Eigentum an Produktionsmitteln. Die Wirtschaftssubjekte können individuell ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit planen. Gewerbefreiheit, Vertragsfreiheit, freie Wahl des Berufes und des Arbeitsplatzes sowie Freizügigkeit sind gesetzlich garantiert. Der Staat erhält weitreichendere Aufgaben als in der freien Marktwirtschaft. Er hat die Aufgabe den Wettbewerb zu schützen und in das Wirtschaftsgeschehen einzugreifen, um soziale Sicherheit und Gerechtigkeit zu gewährleisten.
Die wirtschaftspolitischen Aktivitäten des Staates gliedern sich in vier Schwerpunkten:

Ordnungspolitik

Durch Gesetze und Verordnungen schafft der Staat die rechtlichen Rahmenbedingungen des Wirtschaftens. Bereits vorhandene Gesetze, wie das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB), das Handelsgesetzbuch (HGB) und die Gewerbeordnung, werden der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung angepaßt.

Strukturpolitik

Der Staat hat die Aufgabe, die allgemeinen Voraussetzungen für wirtschaftliche Aktivitäten herzustellen und zu verbessern. Darüber hinaus sollen stark unterschiedliche Entwicklungen in verschiedenen Branchen und Regionen durch strukturpolitische Maßnahmen ausgeglichen werden z.B. durch Investitionshilfeprogramme.

Prozeßpolitik

Das Stabilitätsgesetz verpflichtet den Staat, in den Wirtschaftablauf einzugreifen, um ein stabiles Preisniveau und stetiges Wirtschaftswachstum, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und einen hohen Beschäftigungsstand zu sichern. Diesen Zielen dient die Prozeßpolitik, bestehend aus der Geldpolitik der Bundesbank und der Fiskalpolitik von Bund, Ländern und Gemeinden.

Sozialpolitik

Die Sozialpolitik des Staates dient dem Ziel, soziale Gerechtigkeit herzustellen und soziale Sicherheit zu garantieren. Beispiele dafür sind das Sozialversicherungssystem, Sozialhilfe, das Arbeitsrecht usw.

3.2.3.1 Vorteile der sozialen Marktwirtschaft

- Marktwirtschaftliche Leistungsfähigkeit und ein hohes Maß an sozialer Integration aller Bevölkerungsgruppen können sehr gut miteinander verbunden werden.
- Günstige politische Rahmenbedingungen und eine hohe Leistungsbereitschaft der Bevölkerung ermöglichen einen Wachstumsprozeß, der Wohlstandszuwächse beschert.

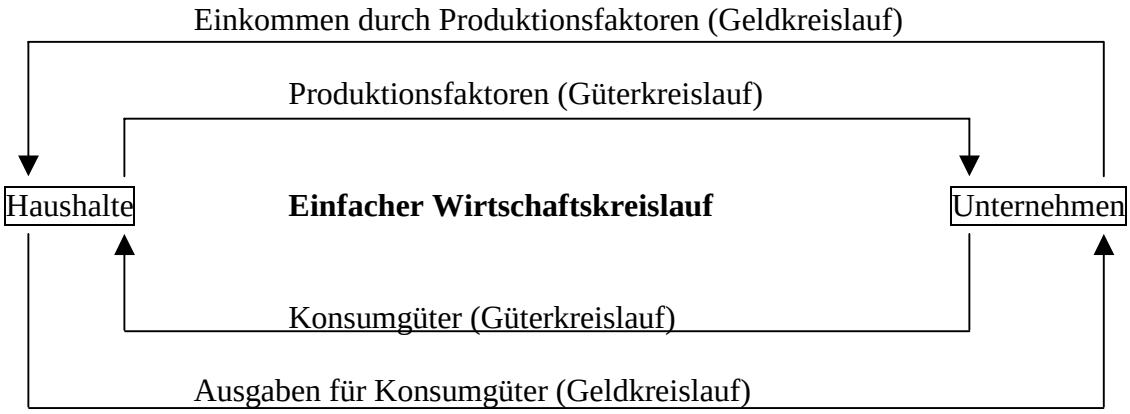
3.2.3.2 Nachteile der sozialen Marktwirtschaft

- hohe finanzielle Belastungen für den Staat
- Ausnutzung des sozialen Systems
- hohe Auflagen im Gesetzesbereich führen zu Standortnachteilen
- zunehmende Belastung der Arbeitnehmer

4 Wirtschaftskreislauf

4.1 Einfacher Wirtschaftskreislauf ohne Staat mit 2 Sektoren

Bei diesem Modell werden die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Unternehmen und den privaten Haushalten dargestellt, in Form von Güter- und Geldkreislauf.



Güterkreislauf (Produktionsfaktoren): Die privaten Haushalte stellen den Unternehmen die Produktionsfaktoren Boden, Kapital und Arbeit Zuverfügung, um Konsumgüter herstellen zu können.

Güterkreislauf (Konsumgüter): Die in den Unternehmen hergestellten Güter sind als Konsumgüter für die privaten Haushalte bestimmt und werden an diese verkauft.

Geldkreislauf (Einkommen durch Produktionsfaktoren): Für die geleistete Arbeit und die den Unternehmen zur Verfügung gestellten sonstigen Produktionsfaktoren erhalten die privaten Haushalte Einkommen in Form von Löhne, Gehälter, Gewinne, Miete.

Geldkreislauf (Ausgaben für Konsumgüter): Die privaten Haushalte verwenden ihre Einkommen zur Kauf der von den Unternehmen hergestellten Konsumgüter.

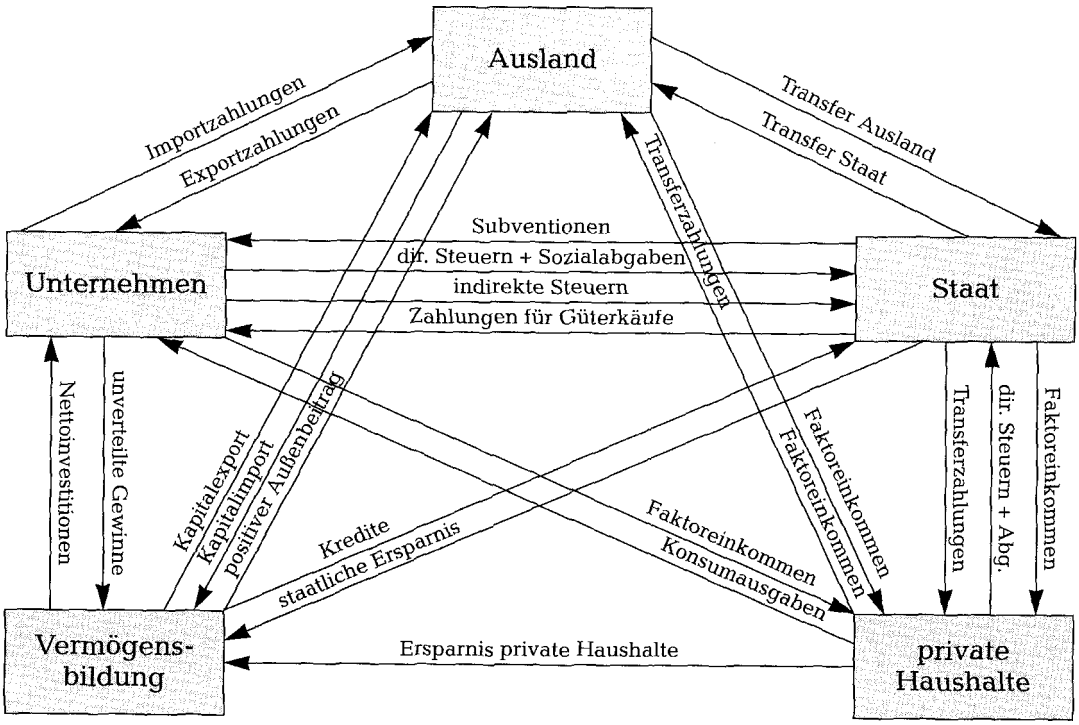
Beim einfachen Kreislauf lautet die Formel: **Y=C** Y= Einkommen; C= Konsum
Das heißt alles was produziert wird, wird auch verkauft.

4.2 Erweiterte Wirtschaftskreislauf mit 3 Sektoren

In diesem Wirtschaftskreislauf wird der Kreditgeber (Bank) mit einbezogen. Die Einkommen der privaten Haushalte entsprechen dem Wert aller Güter (Y) und werden verwendet für zum konsumieren (C) und zum Sparen (S).Die Gleichung lautet **Y= C+S.**

4.3 Erweiterte Wirtschaftskreislauf mit 5 Sektoren

Bei diesem Kreislauf wird die Beziehung von 5 Sektoren dargestellt, nämlich Unternehmen, Staat, private Haushalte, Ausland und Banken.



5 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR)

5.1 Aufgaben und Ziele der VGR

Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ist ein Instrument, mit dem man wichtige volkswirtschaftliche Größen z.B.: Bruttosozialprodukt, Bruttoinlandsprodukt und das Volkseinkommen errechnen kann.

Das statistische Bundesamt erfaßt alle Geldströme in einem Kontosystem. Jeden Sektor der Volkswirtschaft (Unternehmen, Haushalte; Staat) werden Konten zugeordnet, in denen die ökonomischen Aktivitäten wertmäßig erfaßt werden.
Man benötigt die ermittelten Daten unter anderem für:

- zur Ermittlung des Wirtschaftswachstums und des Strukturwandels
- als Grundlage für wirtschaftspolitische Entscheidungen
- als Anhaltspunkt für die Lohnverhandlungen der Tarifpartner
- als Orientierungsgrundlage für unternehmerische Entscheidungen
- für den internationalen Vergleich

5.2 Bruttoinlandsprodukt (BIP)

Das BIP bezeichnet den Wert aller Endprodukte und Dienstleistungen, die in einem Land innerhalb einer gegebenen Periode erstellt werden. Es beinhaltet z.B. den Wert von produzierten Güter wie Häuser, CD's aber auch den Wert von Dienstleistungen wie Flüge, Vorlesungen.

Der Output jedes diese Güter wird mit seinem Marktpreis gemessen und die addierten Werte ergeben das BIP.

Man bracht das BIP u. a. dann als Bezugsgröße, wenn man wissen will,

- wieviel in einem Staatsgebiet produziert wurde
- ob und wie stark die Wirtschaft im Staatsgebiet gewachsen ist
- ob und wie sich die Wirtschaftsstruktur in einem Staatsgebiet verändert hat
- wie viele und welche Güter im Inland verwendet wurden
- wie viele Güter, die im Inland produziert wurden, ins Ausland verkauft wurden konnten, und wieviel Importe in Anspruch genommen wurden.

Endprodukte und Wertschöpfung

Das BIP entspricht dem Wert der produzierten Endprodukte und Dienstleistungen. Die Endprodukte und Dienstleistungen werden einfach deshalb betont, weil man sicher gehen will, daß keine Doppelzählungen vorkommen.

Zum Beispiel: Neben dem Gesamtpreis eines Brotes soll nicht noch zusätzlich der Wert des Weizens, die an den Bäcker verkauft wurden, in das BIP eingehen. Die Brotbestandteile, die an den Bäcker verkauft wurden, werden Zwischenprodukte genannt, und ihr Wert wird nicht im BIP berücksichtigt. Das heißt, daß nur der Brotwert als Teil des BIP's berechnet wird. Der Wert des Weizens, der an den Müller geht, und der Wert des Mehls, der an den Bäcker geht, wird nicht berücksichtigt.

In der Praxis vermeidet man Doppelzählungen dadurch, daß man mit der Wertschöpfung arbeitet. Auf jeder Stufe des Produktionsprozesses eines Gutes wird nur die Wertschöpfung auf dieser Stufe als Teil des BIPs gerechnet. Der Wert des durch den Bauer produzierten Weizens wird als Teil des BIPs gerechnet. Dann ist der Wert des Mehls, den der Müller verkauft, abzüglich den Kosten des Weizens, gleich der Wertschöpfung des Müllers. Wenn man diesen Prozeß weiter verfolgt, sieht man, daß die Summe der auf jeder Stufe geleisteten Wertschöpfung gleich dem Endwert des verkauften Brots sein wird.

Marktpreise

Im BIP werden die Güter zu Marktpreisen bewertet. Der Marktpreis vieler Güter enthält indirekte Steuern, wie die Umsatzsteuer und die Verkaufssteuer und somit ist der Marktpreis der Güter nicht identisch mit dem Preis, den der Verkäufer eines Gutes erhält. Der Preis ohne indirekte Steuer entspricht den Faktorkosten, die den Betrag angeben, den die am Produktionsprozeß beteiligten Produktionsfaktoren erhalten. Das BIP wird aber zu Marktpreisen bewertet und nicht zu Faktorkosten.

Bruttosozialprodukt (BSP)

Das BSP ist der Wert de Endprodukte und Dienstleistungen, die von Inländer innerhalb einer gegebenen Periode erstellt werden. Beim BSP spielt es keine Rolle, ob die Wirtschaftsleistung im Inland oder im Ausland erstellt wurde.

Zum Beispiel: Im deutschen BIP sind auch die Gewinne von General Motors aus ihrer Produktion in Deutschland enthalten. Diese Gewinne von GM sind ein Teil des amerikanischen BSPs, da es ein Einkommen aus dem Kapital ist, das sich im amerikanischen Eigentum befindet.

5.3 Das reale und nominale BIP/BSP

Das nominale BIP/BSP mißt den Wert des Outputs in einer gegebenen Zeitperiode in Preisen dieser Periode. Also mißt das nominale BIP/BSP des Jahres 1999 den Wert der im Jahre 1999 produzierten Güter zu Marktpreisen dieser Periode.

Beim realen BIP/BSP legt man die Preise eines festgelegten Bezugsjahres zugrunde (z.B. bei der Ermittlung des BIP 1998 die Preise des Jahres 1995 (Bezugsjahr)). So werden „konstante Preise" definiert und damit Geldwertveränderungen ausgeschaltet.

Die Wachstumsrate des realen BIP zeigt damit erst, um wieviel Prozent im Inland tatsächlich mehr Sachgüter und Dienstleistungen als im Vorjahr produziert worden sind.

5.4 Volkseinkommen

Das Volkseinkommen zeigt, in welchem Umfang die Inländer einer Volkswirtschaft in der abgelaufenen Periode durch den Einsatz ihrer Arbeit, ihres Sachkapitals oder ihres Bodens Einkommen verwirtschaftet haben. Es drückt damit die Nettowertschöpfung der Inländer aus und setzt aus allen am Markt erwirtschafteten Einzeleinkommen der Inländer zusammen. Dies bedeutet, daß sich die Einkommensverteilung durch den Staat im Volkseinkommen noch nicht niederschlägt.

Die Einzeleinkommen werden in ihrer vollen entstandenen Höhe (brutto, bei Arbeitnehmereinkommen einschließlich des Arbeitgeberanteils zur Sozialversicherung) erfaßt.

Summe aller Bruttoeinkommen der Inländer aus unselbständiger Arbeit (Löhne, Gehälter)
+ Summe aller Bruttoeinkommen der Inländer aus Unternehmertätigkeiten und aus Vermögen (Gewinne, Zinserträge, Miete)

= Volkseinkommen (Summe aller von Inländer erwirtschafteten Einzeleinkommen)

5.5 Entstehung, Verwendung, Verteilung des BIP/BSP

5.5.1 Entstehung (Wo ist die Wirtschaftsleistung entstanden)

Ausgangspunkt der Berechnung ist die Bruttowertschöpfung (Summe der Bruttoproduktionswerte minus Summe der Vorleistungen) der einzelnen Wirtschaftsbereiche. Das statistische Bundesamt differenziert die gesamte Wirtschaft in 11 Wirtschaftsbereiche und erfaßt die Bruttowertschöpfung der einzelnen Bereiche. Dadurch kann der Beitrag jedes einzelnen Bereichs festgestellt werden.

Die 11 Wirtschaftsbereiche sind:

- Land- und Forstwirtschaft- Fischerei
- Verarbeitendes Gewerbe
- Handel
- Wohnungsvermietung
- Staat (Bildungswesen, Polizei)
- Energiewirtschaft, Bergbau
- Baugewerbe
- Kreditinstitute
- Sonstige Dienstleistungen
- Haushalte und private Organisationen

Entstehung des Inlandsprodukts (1995)	**Mrd. DM**
Bruttowertschöpfung (unbereinigt)	3.343,40
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	37,20
Produzierendes Gewerbe	1.157,70
Handel und Verkehr	462,00
Dienstleistungsunternehmen	1.207,00
Staat, priv. Haushalte u.ä.	479,60
Bruttowertschöfpung (bereinigt)	3.192,60
Bruttoinlandsprodukt	**3.459,60**

5.5.2 Verwendung (Für welche Zwecke wurde verwendet)

Das Statistische Bundesamt untersucht, für welche Zwecke das Bruttosozialprodukt verwendet wird d.h. welche Art von Güter in der Produktion hergestellt werden.
Dabei werden die folgenden Verwendungen unterschieden:

- Privater Konsum (CP)
- Staatskonsum (CS)
- Bruttoinvestitionen (I)
- Außenbeitrag (Exp. – Imp.)

Privater Konsum: Geldwert aller Konsumgüter

Staatskonsum: Geldwert aller Leistungen, die der Staat unentgeltlich zur Verfügung stellt. (z.B. Sozialleistungen, Polizei, Militär). Da für die unentgeltliche Leistungen kein Marktpreis existiert, wird der Geldwert des staatlichen. Konsums für die Kosten erfaßt, die der Staat dafür aufbringen muß.

Bruttoinvestitionen: Reinvestitionen (verbrauchte Investitionsgüter werden ersetzt), Neuinvestitionen (Bestand der Investitionsgüter erweitern). Die Investitionen werden unterschieden in Anlage- und Vorratsinvestitionen.

Außenbeitrag: Der Außenbeitrag erfaßt den Wert aller Güter (inkl. Dienstleistungen) die exportiert werden, abzüglich des Wertes aller importierten Güter.

Verwendungen des Inlandsprodukts (1995)	**Mrd. DM**
Privater Verbrauch	1.972,00
Staatsverbrauch	675,40
Bruttoinvestitionen	776,50
Ausrüstungen	262,70
Bauten	488,40
Anlageinvestitonen	751,10
Vorratsveränderungen	25,40
Letzte inländische Verwendung von Gütern	**3.423,90**
Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen	795,70
Einfuhr von Waren und Dienstleistungen	760,00
Außenbeitrag (Ausfuhr minus Einfuhr)	35,70
Bruttoinlandsprodukt	**3.459,60**

5.5.3 Verteilung (Wie wurden die erwirtschafteten Einkommen verteilt)

Der Gegenwert der produzierten Leistungen wird auf die Wirtschaftssubjekte verteilt. Güterproduktion und Einkommensentstehung sind untrennbar miteinander verbunden, weil Güter durch den Einsatz von Produktionsfaktoren hergestellt werden, die für ihre Leistungen Einkommen erhalten. Den Wert der Gesamtproduktion der Inländer (BSP) müssen also entsprechende Einkünfte gegenüberstehen.

Das BSP setzt sich von der Verteilungsseite aus folgenden Größen zusammen:

- Abschreibungen (D)
- Indirekte Steuern abzgl. Subventionen (TIND)
- Löhne und Gehälter von Inländern (L)
- Zinsen und Gewinne von Inländern (G)

Je nach Blickwinkel gibt es drei Möglichkeiten das BSP zu berechnen:

- **Einkommensentstehung:**
  BSP = Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche
  + nicht abziehbare Umsatzsteuer
  + Einfuhrabgaben
  + Faktoreinkommen aus dem Ausland
  - Faktoreinkommen an das Ausland
- **Einkommensverwendung**
  BSP = CP + CS + I + (Exp. – Imp.)
- **Einkommensverteilung**
  BSP = D + TIND + L + G

BSP-Verteilungsrechnung

	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (Plus Arbeitgeberanteil Sozialvers.)
+	Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeiten und aus Vermögen
=	Volkseinkommen (Nettosozialprodukt zu Faktorkosten)
+	indirekte Steuern (zzgl. Subentitonen)
=	Nettosozialprodukt zu Marktpreisen
+	Abschreibungen
=	**Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen**

5.6 Kritische Betrachtung des BSP als Wohlstandsindikator

5.6.1 Probleme bei der BIP-Messung

In der Praxis werden die BIP-Daten nicht nur als Maß dafür benutzt, wieviel produziert worden ist, sonder auch als ein Wohlfahrtsmaß für die Einwohner eines Landes. Ökonomen und Politiker sind der Meinung, daß eine Erhöhung des realen BIPs bedeuten würde, daß es den Menschen besser ginge . Aber die Zahlen des BIPs sind weit davon entfernt, ein perfektes Maß für die Produktion oder die Wohlfahrt zusein. Insbesondere gibt es die folgenden 4 Hauptprobleme:

- Manche Outputs werden ungenau gemessen, da sie nicht auf dem Markt gehandelt werden. Spezielle Beispiele beinhalten staatliche Dienstleistungen, Aktivitäten, die nicht auf dem Markt erscheinen, wie freiwillige Hilfe und „do-it-yourself-Tätigkeiten“ zu Hause.
- Es ist schwierig, Qualitätsverbesserungen der Güter richtig zu berücksichtigen. Dies gilt insbesondere für Computer, deren Qualität sich drastisch verbessert hat, während ihr Preis beträchtlich zurück gegangen ist. Die Buchhalter der Volkseinkommensrechnung versuchen Qualitätsverbesserungen zu berücksichtigen, doch ist ihre Aufgabe nicht einfach, insbesondere wenn neue Produkte und neue Modelle erfunden werden.
- Manche gemessene Aktivitäten, die zum BIP beitragen, sind in Wirklichkeit Ressourcenverbrauch, der vermieden werden könnte, oder sie enthalten sog. „bads“ , wie Verbrechen oder Risiken für die nationale Sicherheit.
- Die Konten berücksichtigen die Umweltverschmutzung und die Bodenverschlechterung nicht. Dieses Problem ist insbesondere für Entwicklungsländer wichtig.

Um den Wohlstand einer Gesellschaft zu beurteilen, reichen also wirtschaftliche Kennzahlen nicht aus. Sie stellen einen Teilaspekt der gesellschaftlichen Realität dar.

6 Einkommensverteilung

Die Einkommen sind Entgelte für die Zurverfügungstellung von Produktionsfaktoren. Dementsprechend kann man folgende Einkommensarten unterscheiden:

- **Lohn- und Gehaltseinkommen:** sind Entgelte für die Zurverfügungstellung von unselbständiger Arbeit
- **Pachteinkommen:** sind Entgelte für die Zurverfügungstellung von Grund und Boden
- **Gewinn- und Zinseinkommen:** sind Entgelte für die Zurverfügungstelltung von Kapital.

Gesellschaften die ihr Eigenkapital zur Verfügung stellen bekommen dafür Gewinne, Kreditgeber erhalten für ihr Kapital, Zinsen.

Das Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen besteht aus Gewinneinkommen, Zinserträge, Miete und Pachten.

Das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit besteht aus Löhne und Gehälter. 1995 betrug das Volkseinkommen 2616,1 Mrd. DM. Davon fielen auf unselbständige Arbeit 1873,5 Mrd. DM und auf Unternehmertätigkeit und Vermögen 742,6 Mrd. DM.

6.1 Funktionale Einkommensverteilung

Die funktionale Einkommensverteilung stellt dar, welches Einkommen die einzelnen Produktionsfaktoren entsprechend ihrem Beitrag zu Wirtschaftsleistung auf den Märkten erzielt haben. Bei diese Verteilung ist die Lohnquote und die Gewinnquote von Bedeutung.

Die Lohnquote gibt den prozentualen Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen an:

$$Lohnquote = \frac{Bruttoeinkommen\ aus\ unselbständiger\ Arbeit \times 100}{Volkseinkommen}$$

$$Lohnquote(1995) = \frac{1873{,}5\ Mrd\ DM \times 100}{2616{,}1\ Mrd.\ DM} = 71{,}6\%$$

Die Gewinnquote gibt den prozentualen Anteil der Besitzeinkommen (Zinsen, Pachten, Mieten) und der Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit (Unternehmensgewinne und Einkommen aus freiberufliche Tätigkeit) am Volkseinkommen.

$$Gewinnquote = \frac{Einkommen\ aus\ Unternehmertätigkeit\ und\ aus\ Vermögen\ x\ 100}{Volkseinkommen}$$

$$Gewinnquote = \frac{742{,}6\ Mrd.\ DM\ x\ 100}{2616{,}1\ Mrd.\ DM} = 28{,}4\ \%$$

6.2 Personelle Einkommensverteilung

Die personelle Einkommensverteilung zeigt, welche Einkommen die einzelnen Haushalte beziehen, ungeachtet der jeweiligen Quelle der Einkommen. Mit Hilfe der personellen Einkommensverteilung können Aussagen zur Vergleichsweisen Einkommenssituationen einzelner Haushalte bzw. sozialer Gruppen getroffen werden. Hier muß aber nochmals unterschieden werden nach den Haushaltseinkommen vor dem Eingriff des Staates (primäre Einkommensverteilung) und der Einkommensverteilung auf die Haushalte nach erfolgter staatlicher Umverteilung (sekundäre Einkommensverteilung).

Bruttoeinkommen
+ Transferleistungen für berechtigte Haushalte (Sozialhilfe, Kindergeld, Wohngeld)
- gesetzliche Sozialleistungen (Renten-, Kranken-, Arbeitslosenversicherung)
- direktes Steuern (Einkommenssteuer, Vermögenssteuer)

= verfügbare Einkommen der Haushalte

Das verfügbare Einkommen verwenden die Haushalte zum Konsumieren und zum Sparen.

Konsumquote: Prozentualer Anteil des Konsums am verfügbaren Einkommen

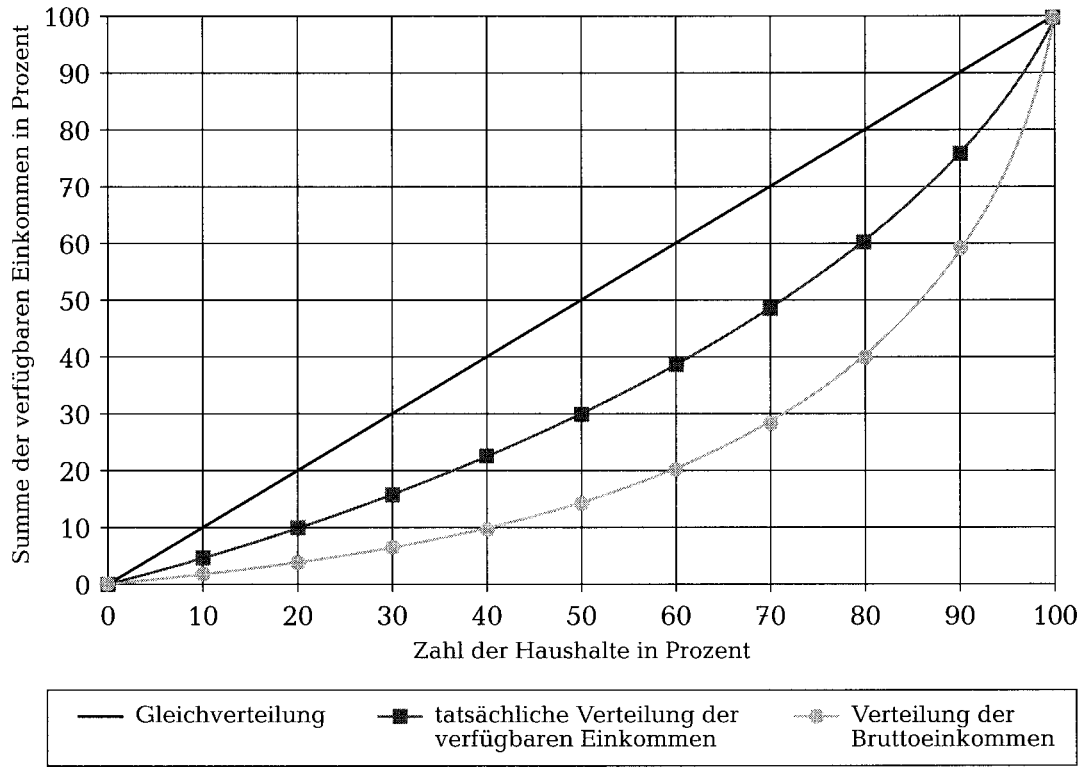
$$Konsumquote = \frac{Ausgaben\ für\ Konsum\ x\ 100}{Verfügbares\ Einkommen}$$

Sparquote: Prozentualer Anteil der Ersparnisse am verfügbaren Einkommen

$$Sparquote = \frac{Ausgaben\ für\ Ersparnisse\ x\ 100}{Verfügbares\ Einkommen}$$

6.3 Lorenzkurve

Die Messung der personellen Einkommensverteilung erfolgt mit Hilfe einer Lorenzkurve. In einem Koordinatennetz werden auf der horizontalen Achse (Ordinate) die Haushalte, beginnend mit dem „einkommensärmsten“ und endend mit dem „einkommensreischsten“ Haushalt, kumulativ (addierend) dargestellt. Auf der vertikalen Achse (Abzisse) wird das jeweilige Einkommen der Haushalte, ebenfalls kumulativ, erfaßt. Bei völliger Gleichverteilung der Einkommen würden 10% der Haushalte über 10% der Einkommen verfügen usw. Diese Situation entspricht im Schaubild der 45° Linie (Diagonale). Die tatsächliche Lorenzkurve ist unterhalb der dieser Geraden gekrümmt. Je stärker die Krümmung von der Diagonalen abweicht, desto ungleicher sind die auf die Haushalte verteilt. Die Fläche zwischen der Diagonalen und der Kurve ist also ein Maß für die „Ungleichverteilung“. Aus der Grafik ergibt sich nach der sekundären Verteilung der Einkommen eine Annäherung der Lorenzkurve an die Diagonale.



7 Binnen- und Außenwert des Geldes

Geld erfüllt in einer Volkswirtschaft wichtige Funktionen: Es dient als allgemeines Tauschmittel, als Zahlungsmittel, als Wertaufbewahrung, als Recheneinheit und als Wertübertragung. Das Geldwesen schafft die Voraussetzung für mehr Produktivität, für mehr Wohlstand und mehr Wachstum. Aber dies kann nur erreicht werden, wenn die Bürger darauf vertrauen können, daß das in einer Volkswirtschaft verwendetet Geld auf die Dauer wertbeständig ist. Nur wenn es auf Dauer zu viel noch zu wenig in einer Volkswirtschaft gibt, kann das Geld die oben genannten Funktionen erfüllen.

Tauschmittel: Als allgemein anerkanntes Tauschmittel ermöglicht es, den indirekten Tausch vorzunehmen, also Güter zu kaufen und zu verkaufen.

Zahlungsmittel: Mit dem Geld kann ein Kredit gewährt werden, Schulden tilgen, Steuerzahlen

Wertaufbewahrungsmittel: Geld muß man nicht ausgeben, man kann es aufbewahren, also sparen. Die Funktion hat das Geld natürlich nur dann, wenn sein Wert nicht durch Inflation aufgezehrt wird.

Recheneinheit: Das Geld ist der Maßstab für die verschiedenartigen Güter. Mit Hilfe der in Geld ausgedruckten Preise können diese addiert werden. Nur so ist es möglich um z.B. Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen zu erstellen.

Wertaufbewahrungsmittel: Das Geld macht es möglich, Vermögenswerte zu übertragen, ohne daß körperlich Gegenstände übereignet werden müssen. So kann man Geld verschenken oder vererben.

7.1 Geldarten (Erscheinungsformen)

Als Geld bezeichnet man alle „flüssigen Mittel“, die dazu dienen, Güter zu kaufen oder ein von allen Tauschpartner anerkanntes Zwischentauschgut. Man unterscheidet zwischen Bargeld und Buchgeld.

Bargeld: besteht aus Münzen und Noten. Die Höhe der umlaufenden Münzen und Noten ist nicht begrenzt, wird aber von der Deutschen Bundesbank im Rahmen ihrer Geld- und Währungspolitik gesteuert.

Buchgeld: besteht aus Guthaben bei Kreditinstitute und Postgiroämtern, die dem bargeldlosen Zahlungsverkehr dienen.

7.2 Währungen

Die gesetzliche Regelung des Geldwesens eines Staates (die Geldordnung) bezeichnet man als Währung.

Im engeren Sinne ist Währung die allgemeine Bezeichnung für das Geld einer bestimmten Volkswirtschaft satt des speziellen Geldnamens (Dollar, Yen usw.) In der BRD ist die Deutsche Mark (DM) die gesetzliche Währungseinheit.

7.2.1 Währungssysteme

Gebundene Währung: Es besteht eine gesetzlich festgelegte Bindung an einem Währungsmetall, z.B. Gold. Die Geldmenge ist demnach abhängig vom Bestand an Währungsmetall.

Freie Währung: Es besteht keine Bindung an einem Währungsmetall. Die umlaufende Geldmenge und die Geldwertstabilität werden durch die Notenbank gesteuert. Geld und Devisenbestände der Notenbanken haben keine Deckungsfunktion, sonder dienen dem internationalen Zahlungsausgleich.

Die Währung der Bundesrepublik Deutschland ist eine freie Währung.

7.2.2 Devisen

Devisen sind Zahlungsmittel in ausländischer Währung. Dazu gehören:

- Münzen und Noten in ausländischer Währung
- Währungsschecks/ Währungswechsel
- Währungsguthaben

Devisen sind konvertierbar, d.h. untereinander austauschbar. Devisen können also gekauft und verkauft werden. Der Devisenhandel wird von den Banken durch geführt.
Der Preis für Devisen wird durch den Kurs ausgedrückt. Der Kurs ist der Preis in heimischer Währung (z.B. DM) für in der Regel 1, 100, 1000 ausländischer Währungseinheiten. Zum Beispiel 1$ = 2,14 DM.

7.3 Geldmengendefinition (M1, M2, M3)

Als Geldmenge bezeichnet man die Geldbestände in einer Volkswirtschaft, der den privaten Haushalten, den Unternehmen und dem Staat (inländische Nichtbanken) zu einem bestimmten Zeitpunkt zum Kauf von Gütern zur Verfügung stehen. Je nach Liquiditätsgrad unterscheidet man folgende Geldmengen Abgrenzungen:

Geldmenge M1: Bargeldumlauf (ohne Kassenbestände der Kreditinstitute)
+ Sichteinlagen inländischer Nichtbanken
(private Haushalte, Unternehmen, Staat)

Geldmenge M2: Geldmenge M1
+ Termineinlagen (befristet bis zu 4 Jahren)

Geldmenge M3: Geldmenge M2
+ Spareinlagen mit dreimonatiger Kündigungsfrist

7.4 Geldschöpfung

- **Bargeldschöpfung** (Schaffung von Zentralbankgeld = primäre Geldschöpfung): Als Zentralbankgeld bezeichnet man das Geld, das die Zentralbanken den Wirtschaftenden zur Verfügung stellt. Niemand außer der Zentralbank darf Bargeld schaffen.

  Das alleinige Recht, Münzen prägen zu lassen, liegt bei der Bundesregierung. Die Bundesbank kauft die Münzen von der Bundesregierung an und bringt sie durch Weiterverkauf an die Banken in den Wirtschaftskreislauf. Die Banknoten dürfen nur von der Bundesbank ausgegeben werden.

  Zu Geld werden Banknoten und Münzen, indem die Bundesbank sie an die Geschäftsbanken verkauft.

- **Buchgeldschöpfung** (Geldschöpfung durch die Geschäftsbanken = sekundäre Geldschöpfung):
  Im Gegensatz zum stofflich vorhandenen Geld (Münzen und Banknoten) unterliegt die Buchgeldschöpfung nicht dem Monopol der Notenbank. Durch die Kreditvergabe können die Geschäftsbanken die Geldmenge ebenfalls erweitern.

Passive Buchgeldschöpfung: Passive Buchgeldschöpfung entsteht, wenn Bargeld aus dem Geldumlauf genommen und auf ein Bankkonto eingezahlt wird. Es entsteht ein Bankguthaben einer inländischen Nichtbank. Die insgesamt zur Verfügung stehende Geldmenge wird durch die passive Buchgeldschöpfung nicht verändert. Weil der Bargeldumlauf sinkt und gleichzeitig die Buchgeldmenge im gleichen Umfang sich erhöht.

Aktive Buchgeldschöpfung: Einlagen von Kunden bei den Geschäftsbanken werden genutzt, um Kredite an andere Kunden zu vergeben. Allerdings können die Einlagen nicht in voller Höhe zur Kreditvergabe genutzt werden, denn die Geschäftsbanken sind verpflichtet, einen bestimmten Prozentsatz der Einlagen ihrer Kunden bei der Bundesbank als sogenannte Mindestreserve zu hinterlegen. Die Mindestreservesätze werden von der Bundesbank festgelegt und dienen dazu, um die sekundäre Geldschöpfung zu regulieren. Einen weiteren Teil der Einlagen ihrer Kunden werden die Banken als Liquiditätsreserven zurückhalten, um Barauszahlungen leisten zu können.

Beispiel : Herr A legt 10000 DM bei seiner Bank A als Einlage an. Angenommen der Kassenreservesatz (Mindestreserve und Liquiditätsreserve zusammen) läge bei 10%, dann könnte Bank A 9000 DM als Kredit an den Kunden B vergeben. Der Kunde B kauft sich dafür einen Gebrauchtwagen und überweist das Geld auf das Konto des Gebrauchtwagenhändlers bei der Bank B. Die Bank B hält wiederum 10% zurück und vergibt 8100 DM an den Kunden C, der sich dafür Möbel kauft und das Geld auf das Konto des Möbelhändlers bei Bank C überweist. Zu der Einlage bei der A-Bank über 10000 DM sind Einlagen bei der B-Bank über 9000 DM und bei der C-Bank über 8100 DM hinzugekommen. Die folgende Tabelle veranschaulicht den sekundären Geldschöpfungsprozeß.

Kreditinstitut	Sichteinlagen	Kassenreserve	Kreditvergabe
Bank A	10000	1000	9000
Bank B	9000	900	8100
Bank C	8100	810	7290
Bank D	7290	729	6561
usw.	usw.	usw.	usw.

Formel für die Berechnung der gesamten Buchgeldschöpfung

$$\text{Gesamte Buchgeldschöpfung} = \frac{\text{Erste Einlage}}{\text{Gesamtreservesatz}} = \frac{10000}{2\%+8\%} = \frac{10000}{0{,}1} = 100000\ \text{DM}$$

Formel für Buchgeldschöpfungsmultiplikator

$$\text{Buchgeldschöpfungsmulitiplikator} = \frac{1}{\text{Reservesatz}} = \frac{1}{10} = 0{,}1$$

Um wieviel die *Geldmenge* durch die Kreditvergabe *tatsächlich angestiegen ist*, kann durch folgende Formel errechnet werden:

$$\text{Aktive Buchgeldschöpfung} = \frac{\text{erste Kreditvergabe}}{\text{Gesamtreservesatz}} = \frac{9000}{2\%+8\%} = \frac{9000}{0{,}1} = 90000\ \text{DM}$$

In der Realität wird der sekundäre Geldschöpfungsprozeß außer durch die Mindestreserve und Liquiditätsreserve dadurch gebremst, daß bei der Kreditvergabe auch Bargeld in Umlauf kommt (welches dem Giralgeldschöpfungsprozeß entzogen wird) und nicht immer Kreditnachfrager vorhanden sind, um den Geldschöpfungsprozeß beliebig fortzusetzen.

Folgenden Faktoren spielen eine Rolle bei der Geldschöpfung:

- Die freien Zentralbankmenge
- die Mindestreservesätze der Bundesbank und den Liquiditätsreserven der Geschäftsbanken
- Die Barabflüsse
- die Kreditnachfrager

7.5 Geldwertänderungen (Inflation, Deflation, Stagflation)

Unter Geldwert versteht man den Tauschwert des Geldes. Der Geldwert innerhalb einer Volkswirtschaft hängt davon ab, wie viele Güter man für eine bestimmte Menge an Geld kaufen kann. Diese Menge an Güter bezeichnet man als die Kaufkraft des Geldes im Inland. Steigen die Preise aller Güter, so ist das Geld weniger wert.

Es gibt in unserer Volkswirtschaft zahlreiche Güter, die zu unterschiedlichen Preisen gehandelt werden. Aus diesem Grunde ist Bestimmung des Geldwertes ein statistisches Problem. Das Statistische Bundesamt stellt einen „repräsentativen Warenkorb“ zusammen, der den durchschnittlichen Jahresverbrauch eines privaten Haushaltes enthält (ca. 650 Güter und Dienstleistungen enthalten). Da sich das Verbraucherverhalten der privaten Haushalte ebenso verändert wie die Qualität der Güter, wird der Warenkorb von Zeit zu Zeit den veränderten Verhältnissen angepaßt (in der Regel bleibt er 5 Jahre unverändert). Um unterschiedliche Verbraucherverhalten zu erfassen, werden auch unterschiedliche Warenkörbe zusammengestellt z.B. 4 Personen Haushalt mit höherem Einkommen, 4 Person Haushalt mit mittleren Einkommen und 2 Personen Haushalt von Renten und Sozialhilfeempfängern. Der Wert dieser Warenkörbe im Berechnungsjahr wird verglichen mit dem Wert diese Warenkörbe in einem Basisjahr. Man erhält so den **Lebenshaltungsindex** bzw. **Preisindex** der Lebenshaltung, der die prozentuale Veränderung der Preise vom Basisjahr zum Berechnungsjahr wiedergibt.

Berechnung des Lebenshaltungskostenindex:

$$\text{Lebenshaltungsindex} = \frac{\text{Wert des Warenkorbes im Berechnungsjahr} \times 100}{\text{Wert des Warenkorbes im Basisjahr}}$$

Die Kaufkraft der DM bezogen auf das Basisjahr kann folgendermaßen berechnet werden:

$$\text{Kaufkraft der DM} = \frac{1\ \text{DM} \times 100}{\text{Lebenshaltungsindex}}$$

Beispiel: Der Lebenshaltungsindex im 1994 bezogen auf das Jahr 1985 betrug 123,6%. Damit ist die Kaufkraft der DM bezogen auf 1985 auf ca. 0,81 DM gesunken.

$$\text{Kaufkraft der DM} = \frac{1\ \text{DM} \times 100\%}{123{,}6\%} = 0{,}809\ \text{DM}$$

7.5.1 Inflation

Unter Inflation versteht man ein anhaltendes Steigen des Preisniveaus.

Arten der Inflation

Die Erscheinungsformen der Inflation kann man nach ihrer äußerlichen Erkennbarkeit und nach der Schnelligkeit der Geldentwertung unterscheiden.

Nach der Erkennbarkeit:

- **Offene Inflation:** Hier steigt das Preisniveau „offen“ gemäß der Marktbedingungen. Der Staat schreibt weder Fest- noch Höchstpreise vor bzw. paßt diese laufend an die Marktgegebenheiten an.

  Beispiel: Die große deutsche Inflation 1923 war ein offene Inflation. Sie war eine unmäßige Geldmengenvermehrung durch die damalige Regierung zurückzuführen. Ein US Dollar betrug Ende April 1923 29800 Mark, Ende Mai 70000 Mark, Ende Juli 1100000 Mark usw.

- **Verdeckte Inflation:** In diesem Fall schreibt der Staat Höchst- und/oder Festpreise vor, ohne diese an die tatsächlichen Marktverhältnissen anzupassen. Das Preisniveau wird verhältnismäßig stabil gehalten. Die Leute können mit dem Geld wenig anfangen, weil das Güterangebot zu gering ist. Der Staat muß rationieren z.B. Lebensmittelkarten ausgeben.

  Beispiel: Eine verdeckte (gestoppte) Inflation herrschte in Deutschland von 1939 bis 1948. Preise und Löhne waren vom Staat vorgeschrieben (Preis- und Lohnstopp). Verdeckte Inflation sind daran erkennbar, daß „schwarz Märkte“ entstehen, auf denen die knappen Waren gesetzwidrig zu Wucherpreisen gehandelt werden.

Nach der Schnelligkeit

- **Schleichende Inflation:** Diese Art der Inflation ist durch verhältnismäßig niedrige, aber lang anhaltenden Preissteigerungen gekennzeichnet. Von schleichender Inflation kann man sprechen, wenn die Preissteigerungen nicht höher ist als der Zinssatz für langfristige Geldanlagen.

  Beispiel: Die Wirtschaft der BRD ist durch eine schleichende Inflation gekennzeichnet.

- **Galoppierende Inflation:** Von einer galoppierenden Inflation spricht man, wenn die Geldentwertung immer schneller und immer höher erfolgt.

  Beispiel: Inflation von 1918 bis 1923

Inflationsberechnung: (LHK = Lebenshaltungskosten)

$$\textit{Inflationsrate} = \frac{\textit{LHK- Index lfd. Monat} - \textit{LHK- Index Vormonat} \times 100}{\textit{LHK- Index Vorjahresmonat}}$$

Inflationsursachen: Die Ursachen inflationärer Prozesse können im Verhalten der Nachfrager (Käufer) liegen, weil diese mehr Güter kaufen wollen, als am Markt vorhanden sind. Eine zu starke Ausweitung der Geldmenge durch die Zentralbank kann ebenfalls eine Ursache sein.

Nachfrageinflation: Die privaten Haushalte, die Unternehmen und der Staat sparen zu wenig und/oder nehmen Kredite auf, um ihre Ansprüche finanzieren zu können. Die Wirtschaft ist jedoch nicht in der Lage, sich der erhöhten Nachfrage kurzfristig durch ein entsprechend erhöhtes Güterangebot anzupassen. Daher steigen die Preise.

Angebotsinflation (Kosteninflation): Wenn die Gewerkschaften überhöhte Lohnkosten durchsetzen, der Staat seine Steuern erhöht oder die Rohstoff steigen, versuchen die Unternehmen, die gestiegenen Kosten durch Preiserhöhungen aufzufangen.

Geldmengeninflation: Stellt die Zentralbank durch zu große Erweiterung der Geldmenge der Volkswirtschaft zu viel Geld zur Verfügung, so ist über kurz oder lang Inflation die Folge. Zu einer überhöhten Geldmengenausweitung könnte es kommen, wenn die Zentralbank, Im Rahmen der Verpflichtung (System fester Wechselkurse), in großem Umfang Stützungskäufe für andere Währungen durchführen muß.

Auswirkungen der Inflation

Folgen für die privaten Haushalte

Arbeitnehmer und Rentner erleiden einen Kaufkraftverlust, weil die Anpassung der Löhne, Gehälter und Renten an die Preise mit einer zeitlichen Verzögerung erfolgt und damit dem ständigen Anstieg des allgemeinen Preisniveau hinterherhinkt.

Der Kaufkraftverlust wirkt sich auch auf die Sparguthaben aus. Dies gilt besonders dann, wenn auch die Sparzinsen durch den Anstieg des Preisniveaus aufgezehrt werden. In jedem Fall hat das gesparte Geld zum Zeitpunkt der Abhebung weniger Kaufkraft als zum Zeitpunkt der Einzahlung.

Eine besondere Verhaltensweise in der Inflation ist die sog. „Flucht in die Sachwerte“, um die Geldwertverschlechterungen zu vermeiden.

Folgen für die Unternehmen

Solange die Erlöse für die Produktion stärker und schneller steigen als die Kosten, steigen die Gewinne der Unternehmen. Da die Verkaufspreise aber ständig stärker steigen als die Löhne und Gehälter, kommt es in der Regel auf Dauer gesehen zu einem Rückgang der Nachfrage. Um die Absatzchancen für die Produkte nicht zu verschlechtern, können Unternehmen die steigenden Kosten nicht mehr auf ihre Verkaufpreise abwälzen. Die Folgen davon sind sinkende Gewinne oder gar Verluste, die zum Verlust von Arbeitsplätzen führen können. Schlechtere Gewinnaussichten führen zu einer nachlassenden Investitionsbereitschaft und damit zu einem weiteren Rückgang der Wirtschaft mit steigender Arbeitslosigkeit.

Vorteile von Inflation haben:

- Geldschuldner (weil eine Abwertung des Geldes vorliegt)
- Eigentümer von Sachvermögen (gegenüber Eigentümer von Geldvermögen)
- Der Staat durch erhöhte Steuereinnahmen, besonders bei der Lohn- und Einkommenssteuer und der Mehrwertsteuer (aber er hat auch höhere Ausgaben, z.B. Sozialleistungen).

Nachteile haben:

- Arbeitnehmer, weil sich Löhne und Gehälter nur mit Verzögerung an steigende Preise anpassen lassen (Laufzeit der Tarifverträge)
- Empfänger von Sozialleistungen, weil diese oft erst in nachhinein und in geringem Umfang an die Preissteigerungen angepaßt werden.
- Sparer durch eine sehr niedrige (teilweise keine) Realverzinsung ihrer Ersparnisse.

7.5.2 Deflation

Unter Deflation versteht man ein anhaltendes Sinken des Preisniveaus, verbunden mit zunehmender Arbeitslosigkeit.

Sinkendes Preisniveau bewirkt, daß Unternehmen und private Haushalte mit ihren Käufen eine abwartende Haltung einnehmen, ganz einfach deshalb, weil sie weiter sinkende Preise erwarten. Folgen dieser Haltung sind, daß sie mehr sparen, es gehen Arbeitsplätze verloren, die Einkommen sinken.

Ursachen

- Kürzungen der Staatsausgaben (weil der Haushaltsdefizit im Vorjahr ausgeglichen werden muß)
- Pessimistische Zukunftserwartungen der Wirtschaftssubjekte, die z.B. durch Sparmaßnahmen des Staates oder politische Instabilität ausgelöst werden können. Dies sind Kaufzurückhaltung der privaten Haushalte und Rückgang der Investitionsneigung der Unternehmen.
- Einen nachhaltigen Rückgang der Auslandnachfrage, z.B. durch andauernde Wachstumsschwäche im Ausland, durch sehr starke Abwertung der Auslandswährungen oder durch eine dauerhafte Überbewertung der inländische Währung.

Gegenmaßnahmen

Zur Überwindung einer Deflation ist eine nachhaltige Belebung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage erforderlich, die nur einen kombinierten Einsatz von Geldpolitik und Finanzpolitik erreicht werden kann.

7.5.3 Stagflation

Eine Wirtschaftssituation, bei der die Güterproduktion stagniert, die Arbeitslosigkeit zunimmt und die Preise steigen, bezeichnet man als Stagflation.

7.6 Geldpolitische Instrumente der Zentralbanken

Siehe Blatt BdG5 und Punkt 12.5

7.7 Außenwert des Geldes

Der außenwirtschaftliche Geldwert als Wert der Währung im Ausland gibt an, wieviel eine Währungen im Ausland wert ist d.h. wie viele Güter für diese Währungseinheit im Ausland erworben werden können.
Wechselkurse verknüpfen die verschieden nationalen Währungen so miteinander, daß sie vergleichbar sind. Erst die Bildung von Wechselkursen ermöglicht zwischenstaatliche Preisvergleiche und internationalen Handel.

Wechselkurs = *Preis für 1, 100, 1000 Einheiten ausländischer Währung, ausgedrückt in inländischer Währung z.B. 1$ kostet 2,14 DM.*

Kursbildung auf den Devisenmarkt

Auf dem Devisenmarkt werden ausschließlich Währungen gehandelt. Werden in einem Land Fremdwährungen gefragt, so muß die eigene Währung verkauft werden. Die Preisbildung erfolgt, wie auf anderen Märkten auch, durch das zusammentreffen von Angebot und Nachfrage:

Devisen = *ausländische Zahlungsmittel = Fremdwährung*
Kurs = *Preis für ausländische Zahlungsmittel*

Devisenangebot

Das Devisenangebot kommt durch

- Güter- und Leistungsexport des Inlandes
- Kapitalimport in das Land
- Spekulative Käufe der Inlandwährung durch das Ausland
- Stützungskäufe der Notenbanken zugunsten der Inlandswährung, zustande.

Devisennachfrage

Devisennachfrage kommt durch

- den Import von Gütern und Leistungen in das Inland
- den Kapitalexport das Inlandes
- spekulative Verkäufe der Inlandswährung
- Stützung einer Fremdwährung durch die Notenbanken, zustande.

Wechsekurssysteme

- ***Flexibler Wechselkurs***

  Ein System flexibler Wechselkurs liegt dann vor, wenn es keine vertraglichen Vereinbarungen der nationalen Regierungen über den Wechselkurs gibt. Die Kurse bilden sich täglich neu, entsprechend dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage nach den einzelnen Währungen.

  Wichtige Währungen, gegenüber denen sich die DM in einem flexiblen Wechselkurs befindet, sind der US-Dollar und der japanische Yen.

  Vorteile:

  - sie gleichen Unterschiede in der Wirtschaftliche Entwicklung der verschiedenen Länder gut aus „Scharnierfuktion“
  - sie erleichterten die Stabilisierung des nationalen Preisniveaus, weil importierte Inflation durch Exportüberschüsse in der Regel gut verhindert werden kann
  - sie verhindern in der Tendenz auch das Entstehen großer Leistungsbilanzdefizite, weil Importüberschüsse, sinkende Kurse dieser Währung am Devisenmarkt zufolge hat und dadurch das Leistungsbilanzdefizit vermindert.

  Nachteil:

  - die Kalkulationsbasis für den Außenhandel der Unternehmen wird durch täglich schwankende Wechselkurse unsicher. Die Ausschaltung des Kursänderungsrisiko ist mit Kosten verbunden.
  - Die Absatz- und Gewinnaussichten der Unternehmen hängen nicht mehr ausschließlich von deren Wettbewerbsfähigkeit ab, sondern sind in erheblichem Umfang vom Wechselkurs beeinflußt.

Fester (fixer) Wechselkurse

In einem solchen System werden die Wechselkurse für ausländische Währungen staatlich fixiert. Kursschwankungen sind nicht möglich. Die Notenbanken gewährleisten diesen Kurs permanent durch Käufe und Verkäufe auf den Devisenmarkt.

Vorteil:

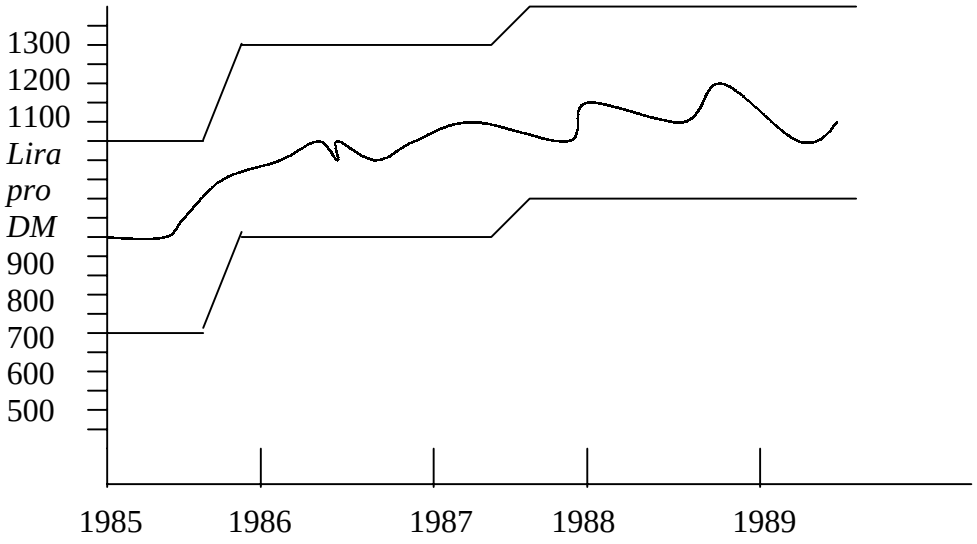
- der Außenhandel erhält eine sichere Kalkulationsbasis. Kosten für die
- Wechselkursänderung entfallen ganz.
- Mittel- und langfristig werden die Handelsbeziehungen zwischen den beteiligten
- Ländern intensiviert.

Nachteil:

- um ein dauerhaftes funktionieren eines festen Wechselkurssystems zu gewährleisten, darf keine unterschiedliche Entwicklung der Kaufkraft in den beteiligten Ländern vorliegen.
- Für Länder mit relativ niedrigen Inflationsraten besteht somit die große Gefahr einer importierten Nachfrageinflation durch wachsende Exportüberschüsse.
- Bei zu großen Spannungen zwischen einzelnen Währungen können sprunghafte Auf- und Abwertungen erforderlich werden, mit entsprechenden vor- und Nachteilen für die beteiligten Volkswirtschaften.

Feste Wechselkurse mit Brandbreiten

Die Regierungen der beteiligten Staaten vereinbaren hierbei Leitkurse und Schwankungsbreiten. Weil jener Wechselkurs zwischen zwei Währungen als der „richtige“ gilt, der die Unterschiede der nationalen Preisniveaus ausgleicht, soll der bilaterale Leitkurs deshalb so gewählt werden, daß er diese „Kaufkraftparität“ herstellt. In diesem Fall ist gewährleistet, daß jede Währung im Vertragspartnerland genau soviel wert ist wie im Inland. Der Binnenwert der Währung entspricht ihrem Außenwert.
Die Notenbanken werden verpflichtet, Angebot und Nachfrage auf den Devisenbörsen so zu beeinflussen, daß die Marktkurse nur innerhalb vertraglich ebenfalls vereinbarten Bandbreiten schwanken. Die Devisenkurse werden durch die Interventionen der Notenbanken im wesentlichen stabil gehalten.
Weltweit gab es nach dem 2. Weltkrieg bis 1973 ein System fester Wechselkurse durch das Weltwährungsabkommen von Bretton Woods. Seit 1979 gibt es in der EU ein System fester Wechselkurse, das Europäische Währunssystem (EWS).



7.8 Auswirkungen von Wechselkursänderungen

Ein steigender Außenwert der Inlandwährung (Aufwertung) bewirkt: eine Verteuerung der Exportgüter für das Ausland (Verschlechterung der Exportchancen).
- eine Verbilligung der Importgüter für das Inland (Verbesserung der Importchancen)
- eventuell eine Zunahme der Kapitalimporte (eine Zunahme des Kapitalangebots im Inland)

Ein sinkender Außenwert der Inlandswährung (Abwertung) bewirkt:
- eine Verbilligung der Exportgüter(Exportchancen steigen)
- eine Verteuerung der Importgüter (Importchancen sinken)
- eventuell eine Zunahme der Kapitalexporte (Kapitalanleger investieren ihr Kapital ins Ausland)

8 Zahlungsbilanzen und ihre Teilbilanzen

8.1 Zahlungsbilanz

Die wirtschaftlichen Transaktionen zwischen Inländern und Ausländern werden in der Zahlungsbilanz erfaßt. Diese wird von der Bundesbank erstellt. Die Erfassung der Zahlen erfolgt, wie in der gesamten volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR), nach den Regeln der doppelten Buchführung. Die Zahlungsbilanz muß deshalb als Ganzes immer ausgeglichen sein, d.h. die Salden der einzelnen Teilbilanzen müssen sich zu Null addieren.

<table>
<tr><td rowspan="6">Zahlungsbilanz</td><td rowspan="3">Leistungsbilanz</td><td rowspan="2">Außenbeitrag zum BSP</td><td rowspan="2">Außenbeitrag zum BIP</td><td>Handelsbilanz</td></tr>
<tr><td>Dienstleistungs-bilanz</td></tr>
<tr><td colspan="2">Saldo der Einkommen der übrigen Welt</td></tr>
<tr><td colspan="3">Laufende Übertragungen</td></tr>
<tr><td colspan="4">Vermögensübertragungen</td></tr>
<tr><td colspan="4">Kapitalbilanz</td></tr>
<tr><td colspan="4">Restpostenbilanz</td></tr>
<tr><td colspan="4">Veränderung der Nettoauslandsaktiva der Bundesbank (Devisenbilanz)</td></tr>
</table>

8.1.1 Die Leistungsbilanz und ihre Teilbilanzen

Die Leistungsbilanz erfaßt den Austausch von Leistungen zwischen In- und Ausländern. Sie ist wiederum in Teilbilanzen untergliedert.

- **Teilbilanzen**

Handelsbilanz: erfaßt die Werte aller exportierten und importierten Waren und stellt diese einander gegenüber. Sie schließt in Deutschland üblicherweise mit einem Überschuß ab.

Aktiva	***Handesbilanz***	***Passiva***
Warenexporte		Warenimporte
Straßenfahrzeuge		Rohstoffe und Zwischenprodukte
Maschinenbaugüter		Energieträger
Elektrotechnische Güter		Investitionsgüter
Chemische Erzeugnisse		Nahrungsmittel usw.
Usw.		***Saldo: Exportüberschuß***

Dienstleistungsbilanz: erfaßt die Werte für das Ausland und vom Ausland erbrachten Dienstleistungen.

Die Salden der Handelsbilanz und der Dienstleistungsbilanz bilden zusammen den Außenbeitrag zum BIP (BIP-Verwendungsrechnung)

Aktiva	***Dienstleistungsbilanz***	***Passiva***
Einnahmen aus dem Reiseverkehr		Ausgaben im Reiseverkehr
Einnahmen aus Transportleistungen		Ausgaben für Transportleistungen
Einnahmen aus Versicherungsleistungen		Ausgaben für Versicherungsleistungen
Einnahmen aus Finanzdienstleistungen		Ausgaben für Finanzdienstleistungen
Einnahmen aus Patenten u. Lizenzen		Ausgaben für Patenten u. Lizenzen
Saldo: Importüberschuß		

Erwerbs- und Vermögenseinkommen: erfaßt die aus dem Ausland empfangenen und an das Ausland gezahlten Entgelte für Leistungen fremder Produktionsfaktoren, d.h. Arbeits- und Kapitaleinkünfte der Inländer aus dem Ausland.

Die Salden von Handelsbilanz + Dienstleistungsbilanz + Einkommensbilanz bilden zusammen den Außenbeitrag zum BSP.

Aktiva	**Erwerbs- und Vermögenseinkommen**	**Passiva**
Erwerbseinkommen von Inländern		Erwerbseinkommen des Ausländers
Aus dem Ausland		aus dem Ausland
Vermögenseinkommen aus dem		Vermögenseinkommen des
Ausland (z.B. Zinserträge)		Auslandes (z.B. Zinszahlungen)
evtl. Saldo: Einkommensdefizit		***evtl. Saldo: Einkommensüberschuß***

Bilanz der laufenden Übertragungen: registriert alle von Inländern an das Ausland geleisteten unentgeltlichen Zahlungen aus dem laufenden Einkommen und umgekehrt.
Diese Bilanz ist der größte Defizitposten der Leistungsbilanz.

Aktiva	**Bilanz der laufenden Übertragungen**	**Passiva**
Empfangene Leistungen der EU		Leistungen an die EU u. a. internationale Organisationen z.B. NATO
Empfangene sonstige Leistungen		staatliche und private Unterstützungs-zahlungen an das Ausland Heimatüberweisungen der Gastarbeiter
Saldo: lfd. Übertragungsdefizit		

Vermögensübertragungen : Die Bilanz der Vermögensübertragungen erfaßt einmalige Übertragungen von Inländern an Ausländern und umgekehrt, z.B. Erbschaften, Schuldenerlasse und Schenkungen.

8.1.2 Kapitalbilanz

Die Kapitalverkehrsbilanz erfaßt den Kapitalverkehr zwischen Inländer und Ausländern, dabei wird er unterteilt in:

- Direktinvestitionen: Hierunter versteht man die Errichtung bzw. Erweiterungen von Produktionsstätten im Ausland. Wichtige Gründe sind z.B. Nähe zum Absatzmarkt, kostengünstige Produktion, Ausschaltung von Wechselkursrisiken.
- Wertpapieranlagen: Dies sind z.B. grenzüberschreitende Fondsbeteiligungen, Anleihen, Aktien.
- Kreditverkehr: Sind z.B. internationale Warenlieferungen, Bildung von Spareinlagen der Inländer im Ausland.

8.1.3 Devisenbilanz

Die Devisenbilanz ist das Spiegelbild der Leistungs- und Kapitalbilanz. Sie zeigt die Devisenzu- und –abflüsse bei der Bundesbank an.

9 Konjunktur- und Wirtschaftspolitik

9.1 Konjunktur

Die Entwicklung einer Volkswirtschaft ist ein Prozeß ständiger Bewegung und Veränderung. Gesamtwirtschaftliche Nachfrage (privater Verbrauch, Staatsverbrauch, Investition, Export) und gesamtwirtschaftliches Angebot setzen sich aus unendlich vielen Plänen der Unternehmen, der privaten Haushalte und des Staates zusammen. Es ist nicht zu erwarten, daß die Planabstimmung auf den Märkten stets so reibungslos funktioniert, daß der gesamte Wirtschaftsprozeß stetig und schwankungslos verläuft.

9.1.1 Konjunkturzyklen

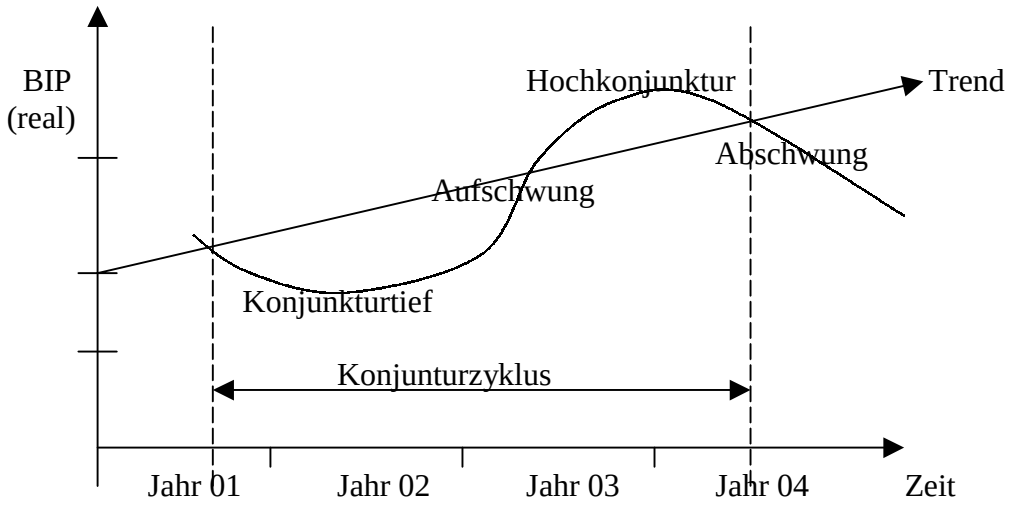
Der Konjunkturverlauf läßt sich in vier Phasen unterteilen. Da diese vier Phasen sich in immer gleicher Abfolge wiederholen, die Konjunktur sich also zyklisch verhält (Zyklus = Kreis), spricht man auch von einem Konjunkturzyklus. Die vier Phasen sind:

1 ***Aufschwung oder Expansion***

2 ***Hochkonjunktur oder Boom***

3 ***Abschwung oder Rezession***

4***Konjnkturtief oder Depression*** (bei besonders geringem Stand an wirtschaftlicher Tätigkeit)



Aufschwung

Der konjunkturelle Aufschwung ist durch zunehmende Kapazitätsauslastung und abnehmende Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. Da die Unternehmen jetzt mit sinkenden Kosten arbeiten, bleibt trotz steigender Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern das Preisniveau noch verhältnismäßig stabil, sofern nicht Materialpreise und/oder Löhne überproportional steigen. Da die Käufer von Aktien steigende Unternehmensgewinne erwarten, klettern auch die Aktienkurse in die Höhe. Zu Beginn des Aufschwungs ist der Kreditmarkt auch noch flüssig, d.h. die Kreditinstitute besitzen genügend Überschußreserven. Somit bleiben die Zinsen auch noch verhältnismäßig niedrig, es sei denn, die Notenbank greift bremsend ein.

Hochkonjunktur (Boom)

Versäumen es Regierungen und Notenbanken, den Aufschwung unter Kontrolle zu halten, tritt die Situation der Konjunkturüberhitzung ein, die als Boom oder Hochkonjunktur bezeichnet wird. Auf den Kreditmärkten werden die Mittel knapp. Die Zinsen steigen. Damit beginnen die Wertpapierkurse zu sinken. Die Preissteigerungsraten erhöhen sich. Ebenso steigen die Löhne verhältnismäßig schnell, weil die Arbeitskräfte knapp sind: die Gewerkschaften haben eine starke Stellung. Infolge der erhöhten Kosten nehmen die Unternehmensgewinne ab. Die Investitionsgüterbereich finden die ersten Betriebsstillegungen und Entlassungen statt. Die Konjunktur „kippt um“ (oberer Wendepunkt), der Abschwung wird eingeleitet.

Abschwung

Die allgemeine Grundhaltung der Verbraucher und Unternehmer ist pessimistisch. Die allseits zu beobachtenden Kaufzurückhaltung führt zu Umsatzeinbußen, zu weiteren Betriebsstillegungen oder zu Konkursen. Die Arbeitslosenzahl steigt. Die abnehmende Kreditnachfrage führt zu sinkenden Zinssätzen. Der früher zu beobachtende Rückgang des Preisniveaus währen der Rezession, wie heute der Abschwung auch bezeichnet wird, ist nicht mehr gegeben, weil zu viele Faktoren einen generellen Preisrückgang verhindern. So steigen z.B. die Stückkosten, die Rohstoffpreise und die Löhne.

Konjunkturtief (Depression)

Kommt der Abschwung zum Stillstand und beginnt sich die Konjunktur wieder zu erhöhen, nimmt die Nachfrage also wieder zu, ist der untere Wendepunkt – die sogenannte „Talsohle“ – überschritten.
Ein langanhaltender wirtschaftlicher Tiefstand wird als Depression bezeichnet. Die Depression ist keine konjunkturelle Erscheinung, sondern Ausdruck einer tiefgreifenden strukturellen Krise.

9.1.2 Wirtschaftsschwankungen

Je nach der Dauer der wirtschaftlichen Schwankungen, die in der Regel an der Entwicklung des Bruttosozialprodukts gemessen werden, unterscheidet man langfristige (strukturelle), mittelfristige (konjunkturelle), kurzfristige (saisonale) und unregelmäßige Wirtschaftsschwankungen.

Strukturelle Schwankungen

Hierunter versteht man tiefgreifende, durch technische Neuerungen hervorgerufene Veränderungen des Wirtschaftsgefüges, die in sogenannten langen Wellen etwa alle 50 bis 60 Jahre auf treten. Ursachen eines positiven Wachstumstrends liegen z.B. im produktiveren Faktoreinsatz durch verbesserte Produktionsmethoden, im Ausbau des Bildungssystems und der gesamten Infrastruktur, in langfristig aus rechender Geld- und Sachkapitalbildung.

Konjunkturelle Schwankungen

Hierunter versteht man allgemeine Wirtschaftsschwankungen, die sich in Wellenbewegungen von rund 4-5 Jahren vollziehen (Konjunkturzyklus). Bezugsgröße für die Ermittlung der konjunkturellen Schwankungen ist jenes (reale(Wirtschaftswachstum, das bei einer optimalen Auslastung der jeweils vorhandenen Produktionskapazitäten erreicht worden wäre.

Saisonale Schwankungen

Hierbei handelt es sich um jahreszeitlich bedingte Schwankungen. Sie sind bekannt und daher einplanbar (Baugewerbe und Fremdenverkehrsgewerbe). Das Wirtschaftsgefüge wird dadurch nicht gestört.

Unregelmäßige Schwankungen

Unvorhersehbare oder einmalige äußere Ereignisse, wie z.B. Ölpreiskrisen, Naturkatastrophen oder außergewöhnliche politische Ereignisse, wie etwa die Wiedervereinigung Deutschlands, verändern die Angebots- und Nachfragebedingungen rasch und tiefgreifend. Die Anpassung an die neue Situation muß erst geleistet werden.

9.1.3 Konjunkturindikatoren

Konjunkturindikatoren sind Größen, deren Veränderung wichtige Anhaltspunkte dafür gibt, in welcher Phase des Konjunkturzyklus sich die Volkswirtschaft befindet. Nach der zeitlichen Abgrenzung lassen sich Frühindikatoren, aktuelle Indikatoren und Spätindikatoren unterscheiden.

Frühindikatoren sind z.B. Auftragseingänge, Exportaufträge, Aktienkurse, Rohstoffpreise usw.

Aktuelle Indikatoren sind z.B. Auftragsbestand, Investitionen, Kapazitätenauslastungen, Staatsausgaben, Zinssätze usw.

Spätindikatoren sind z.B. Zahl der Arbeitslosen, Löhne, Lebenshaltungskosten, Steuereinnahmen usw.

9.1.4 Konjunkturverlauf

Die Stimmungen bzw. Erwartungen der Wirtschaftssubjekte sind nicht nur Folgen der wirtschaftlichen Entwicklungen, sondern können die wirtschaftliche Entwicklung auch beeinflussen. Eine pessimistische Stimmung wirkt restriktiv auf die Risiko- und Investitionsbereitschaft der Unternehmen und dämpf die Ausgabenbereitschaft der privaten Haushalte. In der Folge wird eine konjunkturelle Abschwächung eintreten. Umgekehrt können optimistische Erwartungen der Wirtschaftssubjekte zu einer Anregung der wirtschaftlichen Aktivitäten beitragen.

Konjunkturschwankungen entstehen grundsätzlich durch Ungleichgewichte zwischen gesamtwirtschaftlichem Güterangebot und gesamtwirtschaftlicher Nachfrage. Solche Ungleichgewichte können von einer ganzen Reihe von Faktoren ausgelöst und durch Multipliktorwirkungen verstärkt werden, wenn die Wettbewerbs- und Preismechanismen nicht schnell genug entgegenwirken.

Konjunkturbeeinflussende Wirkungen haben z.B. Tarifauseinandersetzungen, technische Neuerungen, Veränderungen im Preis- und Wechselkursgefüge, Veränderungen politischer Rahmenbedingungen etc.

9.2 Ziele der Wirtschaftspolitik, Stabilitätsgesetz, Vier(l)eck

Störungen des wirtschaftlichen Gleichgewichts führen zu erheblichen Nachteilen fast aller Beteiligten am Wirtschaftsgeschehen und zum Teil auch zu Ungerechtigkeiten. Wirtschaftspolitik als zielstrebiges Handel muß daher darauf ausgerichtet sein, Störungen erst gar nicht entstehen zulassen bzw. solche zu beseitigen, falls sie aufgetreten sind. Oberstes Ziel ist das gesamtwirtschaftsliche Gleichgewicht. Kennzeichnend für ein gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht sind:

- *Stabilität des Preisniveaus*
- *Hoher Beschäftigungsstand (Vollbeschäftigung)*
- *Außenwirtschaftliches Gleichgewicht*
- *Stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum*
- *Erhaltung der Umwelt (Ökologie)*
- *Gerechte Verteilung der Einkommen*

} Viereck

} Vieleck

Preisniveaustabilität

Der Staat sollte sein möglichstes tun, damit der allgemeine Preisanstieg auf ein sehr geringes Maß begrenzt werden kann, so daß das Geld seinen Wert behält. Maßstab hierfür ist die Inflationsrate. Die Inflationsrate zeigt die Veränderung der Lebenshaltungskosten eines Durchschnittshaushaltes an.

Hoher Beschäftigungsstand

Das Ziel der Vollbeschäftigung bezieht man im allgemeinen auf den Beschäftigungsstand des Produktionsfaktors Arbeit. Man fragt, in wieweit das vorhandene Arbeitsangebot tatsächlich genutzt wird, wie hoch also der Beschäftigungsgrad ist. Den Maßstab hierfür gibt der Idealzustand der Vollbeschäftigung.

Vollbeschäftigung gilt dann als erreicht, wenn:

- alle arbeitswilligen und arbeitsfähigen Personen
- im gewünschten zeitlichen Umfang
- entsprechend ihren persönlichen Voraussetzungen
- eine Erwerbstätigkeit ausüben können.

Die Bedeutung der Arbeitslosigkeit für die Betroffenen

Betroffene: Finanzielles Problem, weil Einkommensverluste vorliegen. Psychische und soziale Belastungen liegen vor, beim Verlust des Arbeitsplatzes.

Gesellschaft: Vorhandene Qualifikationen, Kenntnisse und Erfahrungen werden nicht produktiv genutzt und liegen brach. Spannungen zwischen den sozialen Gruppen entstehen.

Staat: Verluste an Einnahmen (Sozialversicherungsbeiträge), hohe Ausgaben für Sozialleistungen (Sozialhilfe, Arbeitslosenhilfe).

Die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg ermittelt die Arbeitslosenquote. Diese gilt als grober Anhaltspunkt für das Ausmaß der Abweichung vom Idealzustand. Das gesamte Ausmaß der Arbeitslosigkeit kommt allerdings in der Arbeitslosenquote nicht zum Ausdruck, weil z.B. Teilnehmer an ABM-Maßnahmen, Empfänger von Vorruhestandsbezügen oder Übergangsgelder nicht in die Rechnung einbezogen werden (verdeckte Arbeitslosigkeit).

$$\textit{Arbeitslosenquote} = \frac{\textit{Zahl der registrierten Arbeitslosen}}{\textit{Gesamtzahl aller zivilen Erwerbspersonen}} \textit{ x 100}$$

Nach den Ursachen werden vier Arten von Arbeitslosigkeit unterschieden:

Saisonal bedingte Arbeitslosigkeit entsteht in Branchen, die saisonalabhängig produzieren. Davon sind betroffen: der Bereich der Landwirtschaft, die Bauwirtschaft und zum Teil der Tourismus.

Friktionelle Arbeitslosigkeit oder Sucharbeitslosigkeit entsteht durch die Fluktuation auf dem Arbeitsmarkt. Sie bezeichnet die Zeit zwischen dem Ende der alten Beschäftigung und der Aufnahme einer neuen Tätigkeit. Die Bundesanstalt für Arbeit definiert jede Arbeitslosigkeit, die nicht länger als drei Monate gedauert hat, als Sucharbeitslosigkeit.

Konjunkturelle Arbeitslosigkeit entsteht durch den zeitlichen befristeten Rückgang der gesamtwirtschaftliche Nachfrage und ist im Konjunkturtief am ausgeprägtesten. Sie kann im Laufe des Aufschwungprozesses der Wirtschaft wieder abgebaut werden.

Strukturelle Arbeitslosigkeit liegt vor, wenn in einer Region oder einer Branche aufgrund der sich verändernden Produktionsstruktur die Beschäftigung stark zurückgeht.

Ursachen für die strukturelle Arbeitslosigkeit sind:

1. Der Wegfall von Arbeitsplätzen aufgrund von
   - strukturkrisen in einem oder mehreren Wirtschaftsbereichen
   - technologischen Fortschritt und Rationalisierung bei gleichzeitiger Wachstumsschwäche der Volkswirtschaft

- Produktionsverlagerungen ins Ausland aus unterschiedlichen Gründen
- Relative hohen Arbeitskosten (Lohn- und Lohnnebenkosten), die zu verstärkter Faktorsubstitution führen.

2. Die Zunahme der Zahl der Erwerbspersonen:
   - durch Zuwanderung
   - durch besonders geburtenstarke Jahrgänge, die ins Erwerbsleben eintreten
   - durch eine erhöhte Frauenerwerbsquote

3. Die Nichtbesetzbarkeit von Arbeitsplätzen, weil
   - die Qualifikationsanforderungen der Unternehmen nicht mit den vorhandenen Qualifikationen der Arbeitsuchenden übereinstimmen
   - die räumliche Verfügbarkeit von Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage voneinander abweicht

Außenwirtschaftliches Gleichgewicht

Außenwirtschaftliches Gleichgewicht bedeutet Gleichgewicht zwischen den Leistungen, die unsere Volkswirtschaft für das Ausland erbracht hat, und den Leistungen, die unsere Volkswirtschaft vom Ausland empfangen hat. Für das außenwirtschaftliche Gleichgewicht einer Volkswirtschaft ist daher das Gesamtergebnis der Leistungsbilanz von besonderer Bedeutung: Wenn sich Leistungsexporte und Leistungsimporte entsprechen, ist das außenwirtschaftsliche Gleichgewicht erreicht.

Leistungsbilanzüberschuß

Die Inländer haben mehr Güter produziert, als sie verwendet haben. Einkommensentstehung ist größer als Einkommensverwendung.
Ein Leistungsbilanzüberschuß fördert das Wachstum und die Beschäftigung im Inland.Andererseits besteht durch die hohen Güterabflüsse ins Ausland und hierdurch ausgelösten Geldzuflüsse die Gefahr einer importierten Inflation.

Leistungsbilanzdefizit

Die Inländer haben mehr Güter verwendet als sie produziert haben. Einkommensverwendung ist größer als Einkommensentstehung. Ein langfristig bestehendes Leistungsdefizit bringt Finanzierungsprobleme mit sich. Die Auslandschulden nehmen zu. Auf den Finanzmärkten wird daher eine höhere „Risikoprämie“ für die Anspruchnahme von Krediten verlangt. Hierdurch steigt das Zinsniveau im Inland an. Dieser Zinsanstieg erschwert die Investitionstätigkeit und behindert den weiteren Wachstumsprozeß.

Angemessenes und stetiges Wirtschaftswachstum

Wachstum der Volkswirtschaft ist dann gegeben, wenn in einem bestimmten Zeitraum mehr als in der Vorangegangen Vergleichsperiode produziert wurde.
Voraussetzung für Wirtschaftswachstums ist, daß der Bestand an Produktionsfaktoren zugenommen hat (mehr Arbeitskräfte, zusätzliche Produktionskapazitäten). Das Wirtschaftswachstum wird in Zuwachsraten des realen Bruttoinlandsprodukts gemessen.

Bedeutung des Wirtschaftwachstums:

- erhöht den materiellen Wohlstand einer Gesellschaft. Mehr Güter und Dienstleistungen stehen zur Verfügung, gleichzeitig enstehen mehr Einkommen.
- Der Staat erhält mehr Steuereinnahmen (Verbesserung der Infastuktur, Nettoneuverschuldungverringerungen)
- Wachstum entschärft die Verteilungsauseinandersetzungen zwischen den Tarifpartnern, weil bei Gruppen Einkommenszuwächse Verzeichnen können.

Erhaltung der Umwelt (Ökologie)

Wie müssen uns bemühen, nicht regenierbare Rohstoff- und Energiequellen zu erhalten, der Landschaftszerstörung Grenzen zu setzen und die Schadstoffbelastungen von Luft, Wasser und Boden wieder zu reduzieren (der Wachstumsprozeß darf nicht zur Ausbeutung der Umwelt führen).

Umweltpolitische Zielsetzungen sind z.B.:

- möglichst geringe Verwendung von nicht reproduzierbaren Rohstoffen
- möglichst sparsamer Energieverbrauch

- Förderung des Verbrauchs umweltfreudlicher Produkte
- Reduzierung der „Wegwerfmentalität“

Gerecht Verteilung des Einkommen

Ein weiteres wichtiges, aber im Stabilitätsgesetz nicht explizit aufgeführtes Ziel ist die Sicherstellung einer gerechten Einkommens- und Vermögensverteilung. Es gibt allerdings unterschiedliche Vorstellungen von Gerechtigkeit. Darunter läßt sich beispielsweise verstehen:

- eine leistungsgerechte Verteilung der Einkommen: Hier bleiben die Einkommensunterschiede erhalten, die der Markt „produziert“.
- Eine bedarfsgerechte Verteilung der Einkommen: Hier geht man von einem bestimmten Bedarf aus, den der einzelne hat. Ist er nicht in der Lage, auf dem Markt ein entsprechendes Einkommen zu erzielen, erhält er Unterstützungszahlungen
- Eine absolut gleiche Verteilung der Einkommen: Hier werden durch Besteuerung und Sozialleistungen alle Einkommensunterschiede beseitigt.

9.3 Zielfkonflikte und Problemsituationen

Von einem Zielkonflikt spricht man dann, wenn sich die Ziele nicht gleichzeitig konfliktfrei realisieren lassen. Das Erreichen eines Zieles beeinträchtigt ein anderes Ziel.
Beispiel für mögliche Zielkonflikte:

- Wenn ein Aufschwung bereits in Gang gekommen ist, können weitere Maßnahmen zur Erhöhung von Beschäftigung und Wirtschaftwachstum die Preisniveaustabilität gefährden(gesamwirtschaftliche Nachfrage steigt schneller als das Angebot).
- Muß die Preiniveaustabilität wiederhergestellt werden, weil Inflation vorliegt, so können durch zu starke Drosselung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage Einbußen beim Wachstum und der Beschäftigung auftreten (Rezession und Arbeitslosigkeit wären die Folgen).
- Soll ein Leistungsbilanzüberschuß abgebaut werden (Aufwertung der Währung), um ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht zu erreichen, so kann dies positive Effekte bei der Preisniveaustabilität, aber negative Effekte bei Beschäftigung und Wachstum zur Folge haben
- Die Förderung des Wirtschaftswachstums kann zu Umweltbelastungen und einer Verschlechterung der Lebensbedingungen führen, wenn nur auf die Quantität und nicht auf die Qualität des Wachstums geachtet wird.
- Zu starke Nivellierung der Einkommensunterschiede durch die Umverteilung kann eine Verminderung von Leistungsanreizen darstellen und in die Folge einen Rückgang des Wirtschaftswachstums bewirken.

Problemsituationen liegen immer dann vor, wenn die Wirtschaftspolitik ein Ziel massiv verletzen muß, um ein anderes Ziel zu erreichen. Extrem schwierig ist eine Situation dann, wenn mehrere konfligierende (mit etwas in Konflikt geraten) Ziele gleichzeitig verfehlt sind:
Eine Stagflation ist z.B. das gleichzeitige Vorhandensein von Stagnation (Wirtschaftswachstum fehlt) und Inflation (Preisniveaustabilität fehlt). Die Wirtschaftspolitik müßte dann gleichzeitig die Nachfrage beleben (um das Wirtschaftswachstum zu fördern) und die Nachfrage drosseln (um die Preisniveau- stabilität herzustellen).

9.4 Träger der Wirtschaftspolitik

Als Träger der Wirtschaftspolitik bezeichnet man solche Institutionen, die wirtschaftspolitische Ziele formulieren und/oder über den Einsatz wirtschaftspolitischer Instrument entscheiden können. In der BRD sind folgende Institutionen Träger der Wirtschaftspolitik:

Bund und Länder

Art und Umfang der Staatseinnahmen und Staatsausgaben wirken unmittelbar auf den Konjunkturverlauf und beeinflussen den Wachstumsprozeß der Wirtschaft auf längere Sicht.

Zentralbank

Sie reguliert mit den geldpolitischen Instrumenten die umlaufende Geldmenge, welche auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage wirkt.

Tarifparteien

Tarifparteien sind Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften. Ihre wichtige Aufgabe als Sozialpartner ist die Lohnpolitik durch die Vereinbarung von Tarifverträgen.

Zu niedrige Lohnabschlüsse können z.B. dazu führen, daß die Konsumnachfrage sinkt (negative Konjunkturentwicklung). Zu hohe Lohnabschlüsse führen zu hohen Preissteigerungen, was eine Inflation auslösen könnte, weil die Konsumnachfrage steigt.

9.5 Nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik (antizyklische Fiskalpolitik, Keynsianismus)

Unter Fiskalpolitik versteht man den Einsatz von Staatsausgaben und Staatseinnahmen zum Zwecke der Durchsetzung wirtschaftlicher Ziele. Um die im Stabilitätsgesetz festgelegte Ziele zu erreichen, muß der Staat den Konjunkturschwankungen entgegenwirken.
In Phasen der Rezession und der Depression wird er versuchen, die Konjunktur anzuregen. In Phasen der Hochkonjunktur wird er dagegen versuchen, die Konjunktur zu bremsen, um eine Inflation zu vermeiden. Da auf diese Weise dem Konjunkturzyklus entgegengewirkt wird, spricht man von einer antizyklischen Fiskalpolitik.
Voraussetzungen für eine antizyklische Fiskalpolitik ist der Verzicht auf einen stets ausgelichenen Haushalt. Im Konjunkturpolitischen Abschwung sinken die Staatseinnahmen aufgrund sinkender Steuereinnahmen. Trotzdem muß der Staat seine Ausgaben erhöhen, um die gesamtwirtschaftliche Nachfrage anzuregen. Er muß zu Konjunkturausgleichsrücklagen auflösen oder die Ausgabenüberschüsse durch eine höhere Staatsverschuldung finanzieren (defecit spending). In Zeiten der Hochkonjunktur wird der Staat durch restriktive Maßnahmen die Nachfrage drosseln. Die zusätzlichen Staatseinnahmen sollen zur Bildung von Konjunkturausgleichsrücklagen und zum Abbau von Staatsverschuldung eingesetzt werden.

Instrumente der Fiskalpolitk

Expansive (nachfragesteigende) fiskalpolitische Instumente

- die Senkung von Steuersätzen
- Investitionszulagen und Subventionen
- Der Ausbau von Sozialleistungen
- Die Förderungen von Beschäftigungsprogrammen

Restriktive (nachfragesenkende) fiskalpolitische Instrumente

- Die Erhöhung der Steuersätze
- Subventionsabbau
- Der Abbau von Abschreibungsmöglichkeiten
- Der Abbau von Sozialleistungen

Kritik an der Fiskalpolitik

- Die antizyklische Fiskalpolitik erfordert kurzfristige Reaktionen auf wirtschaftliche Schwankungen. Die Maßnahmen greifen jedoch oft mit erheblicher Zeitverzögerungen, da die wirtschaftlichen Entwicklungen zu spät erkannt werden und die Beschlußfassung der legastiven und exekutiven Organe zu viel Zeit erfordert.
- Es besteht Ungewißheit über die fiskalpolitischen Instrumente. Insbesondere sind die Reaktionen der Wirtschaftssubjekte ungewiß. Eine Steuersenkung muß z.B. nicht unbedingt höhere Ausgaben auslösen, sie kann auch zu einer höheren Sparquote führen.
- In Zeiten leerer Staatskassen sind expansive Maßnahmen nur zu lasten der Staatsverschuldung möglich. Eine hohe Staatsverschuldung kann aber inflationäre Tendenzen auslösen.
- Höhere Staatsausgaben würden auch zu einem Anstieg des allgemeinen Zinsniveau führen, wodurch die privaten Investitionen zurückgedrängt würden (crowding out).

9.6 Angebotsorientierte Wirtschaftspolitik (Monetarismus)

Konservative Kritiker der antizyklischen Fiskalpolitik vertreten einen anderen Ansatzpunkt wirtschaftlichen Handelns. Die Vertreter dieser Richtung bezweifeln, wie schon angedeutet, grundsätzlich die Möglichkeit, die gesamtwirtschaftliche Nachfrage durch staatliche Maßnahmen zu beeinflussen. Statt dessen vertrauen sie auf die Kräfte des Marktes zur Sebstregulierung der Wirtschaft. Die angebotsorientierten Wirtschaftpolitik will die Rahmenbedingungen der Angebotsseite, der Unternehmen, langfristig verbessern. Auf kurzfristige Eingriffe des Staates soll weitgehend verzichtet werden. Wesentliche Forderungen der angebotsorientierte Wirtschaftspolitik will die Rahmenbedingungen der Angebotsseite, der Unternehmen, langfristig verbessern. Auf kurzfristige Eingriffe des Staates soll

weitgehend verzichtet werden. Wesentliche Forderungen der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik liegen in einer Stärkung des Standortes durch

- *Abbau bürokratischer Hemmnisse,*
- *Verringerung der Sozialleistungen auf ein notwendiges Mindestmaß*
- *Abbau der Staatsverschuldung*
- *Förderung von Entwicklung und Forschung*
- *Verringerung der Produktionskosten*
- *Förderung von Investitionen*
- *Abbau der Steuern*
- *Sicherung des Wettbewerbs*

9.7 Psychologische Konjunkturtheorien

Sie betonen den Einfluß von optimistischer oder pessimistischen Stimmungslagen und Erwartungen auf die wirtschaftliche Entwicklung.
Optimistische Einschätzungen der künftigen Entwicklungen veranlassen die Unternehmen zu verstärkten Investitionstätigkeit. Die hierdurch ausgelöste Nachfrage trägt nun dazu bei, daß sich die optimistische Erwartungen bestätigen: Der Konjunkturprozeß gewinnt an Fahrt.
Werden im Lauf der Zeit aber die positiven Erwartungen nicht mehr erfüllt, so verkehrt sich die allgemeine Stimmung in das Gegenteil: Die Geschäftsaussichten für die Zukunft werden als negativ beurteilt.
Die Investitionstätigkeit wird an dieser negativen Erwartung orientiert. Investitionsprojekt werden zurückgestellt, die Investitionstätigkeit geht zurück, der Abschwung wird beschleunigt, die negativen

Erwartungen bestätigen sich usw. Erst dann, wenn die Lage wieder besser ist als die Stimmung, setzen sich optimistische Stimmung durch, die den Aufschwung dann festigen.

10 Weitere Bereiche der Wirtschaftspolitik

10.1 Lohnpolitik

Die Lohnpolitik wird getragen von den Tarifparteien (Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften). Die gesetzlich festgelegt Tarifautonomie garantiert, daß die Tarifparteien die Bedingungen der Arbeit unabhängig vom Staat untereinander aushandeln. Dazu schließen sie in regelmäßigen Abständen Tarifverträge ab. Die Ziele der Arbeitgeberverbände bei der Lohnverhandlungen sind geprägt von den Lohnkosten als Teil der Produktionskosten. Aus Sicht der Gewerkschaften beeinflussen die Löhne maßgeblich die Einkommenshöhe der abhängig Beschäftigten und damit deren Kaufkraft. Die reale prozentuale Lohnerhöhung entspricht der vereinbarten prozentualen Lohnerhöhung (nominale Lohnerhöhung) abzüglich der Inflationsrate. Die Gewerkschaften streben deshalb an, daß die Reallohnerhöhung mindestens der Steigerung der Arbeitsproduktivität entspricht.

10.2 Arbeitsmarktpolitik

Die Arbeitsmarktpolitik wird getragen von Bund, Ländern und der Bundesanstalt für Arbeit. Ziel ist die Bekämpfung der strukturellen Arbeitslosigkeit. Voraussetzung dazu ist die Forschung der strukturellen Veränderungen des Arbeitsmarktes. Mit Hilfe der aktiven Arbeitsmarktpolitik sollen Strukturdefizite abgebaut werden. Das geschieht u. a. mit Hilfe von Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen. Darüber hinaus werden Hilfen zur Eingliederung Arbeitsloser in den Arbeitsprozeß geleistet, z.B. in Form von ABM oder Lohnkostenzuschüsse für Betriebe, die Langzeitarbeitslose einstellen.

10.3 Umweltschutzpolitik

Bei der Umweltpolitik geht es vor allem darum, negative Auswirkungen der wirtschaftlichen Aktivitäten des Menschen auf die Umwelt zu vermeiden. Das klassische Element der Umweltpolitik ist die Auflagenpolitik. Durch Gesetze und Verordnungen werden beispielsweise Emissionsgrenzen für Schadstoffe gestgelegt oder die Benutzung umweltschädlicher Stoffe untersagt. Es werden in der heutigen Zeit marktwirtschaftliche Instrumente zum Schutz der Umwelt eingesetzt z.B. Ökosteuer.

11 Märkte und Preisbildung

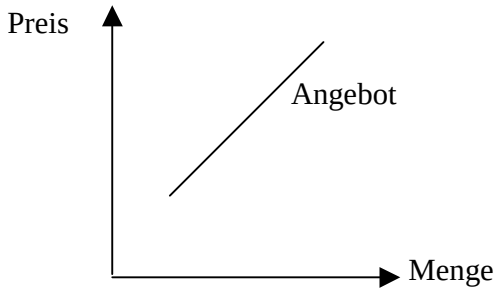
Grund allen Wirtschaften ist der Widerspruch zwischen der Unbegrenztheit der Bedüfnisse und den knappen vorhandenen Ressourcen. Um Bedürfnisse befriedigen zu können, brauchen die Menschen in unserer Volkswirtschaft Geld. Ist die nötige Kaufkraft vorhanden, um ein Bedürfnis befriedigen zu können, entsteht ein Bedarf.
Diejenigen, die Bedarf an einem bestimmten Gut haben, werden mit den Anbietern des entsprechenden Gutes Kontakt aufnehmen, um das Gut zu erwerben. Der Bedarf wird auf dem Markt zur Nachfrage.
Märkte entstehen durch das Zusammentreffen von Angebot und Nachfrage. Angebot und Nachfrage treffen auf vielfältige Weise zusammen: In Kaufhäusern, auf Wochenmärkten, auf Warenbörsen, auf Großmärkten usw.

11.1 Angebot und Nachfrage

11.1.1 Angebot

Angebot ist die Summe aller Verkaufswünsche, die am Markt wirksam werden

Mit steigendem Preis wird das Angebot für dieses Gut zunehmen. Umgekehrt veranlaßt ein sinkender Preis eine Reduzierung des Angebotes



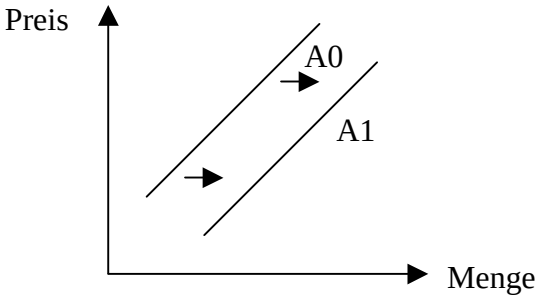
Die Preiselastizität des Angebotes zeigt die relative Mengenänderung des Angebotes bezogen auf eine relative Preisänderung:

$$\textit{Preiselastizität des Angebots} = \frac{\textit{Mengenänderung des Angebotes in \%}}{\textit{Preisänderung in \%}}$$

Die Ermittlung der Angebotselastizität ist hilfreich, wenn man bei einer Marktpreisänderung das Ausmaß der Angebotsreaktion abschätzen will.
Das Gesamtangebot eines Gutes hängt von verschiedenen Faktoren ab:

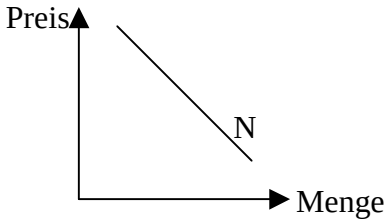
- von den Produktionskosten : Mit insgesamt sinkenden Produktionskosten (sinkende Rohstoffkosten) werden mehrere Unternehmer das Gut anbieten können.
- Von der Zahl der Anbieter: Mit zunehmender Zahl wird das Gesamtangebot steigen
- Vom Stand der Technik: Mit zunehmender technischem Niveau werden die Produktionskosten sinken
- Von der Kapazitätsgrenzen: Erweitern die Unternehmen die Kapazitätsgrenzen, so wird das Gesamtangebot zunehmen

Graphisch stellt man diese Art von Angebotsveränderungen durch eine Verschiebung der Angebotsgeraden nach rechts (großes Angebot) oder links (kleines Angebot).



11.1.2 Nachfrage

Nachfrage ist der Teil des Bedarfs, der am Markt wirksam wird.
Im allgemeinen wird bei einem hohen Preis eines Gutes die nachgefragte Menge geringer sein als bei einem niedrigerem Preis des Gutes.



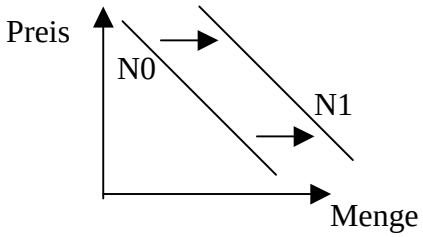
Die Preiselastizität der Nachfrage ermittelt diesen Zusammenhang. Sie gibt an, um wieviel Prozent sich die Nachfragemenge eines Gutes ändert (Wirkung), wenn sich der Preis des Gutes um ein Prozent verändert Ursache:

$$\textit{Preiselastizität der Nachfrage} = \frac{\textit{Mengenänderung der Nachfrage in \%}}{\textit{Preisänderung in \%}}$$

Die Nachfrage nach einem Gut hängt von mehreren Faktoren ab:

- Vom durchschnittlichen Einkommen der Bevölkerung : Mit steigendem Einkommen wird die Nachfrage nach allen Gütern steigen.
- Von der Zahl der Nachfrager: Je mehr Nachfrager, desto höher die Nachfrage
- Von der Nutzeinschätzung gegenüber diesem Gut: Z. B. führen Veränderungen in der Mode und Trends zu Veränderungen der Nachfrage.
- Vom Preis anderer Güter: Z. B. wird eine Preissteigerung bei Butter zu einer Nachfragesteigerung bei Margarine führen.

Graphisch stellt man die Art von Nachfrageveränderungen durch eine Verschiebung der Nachfragegeraden nach rechts (steigende Nachfrage) oder links (sinkende Nachfrage) dar.



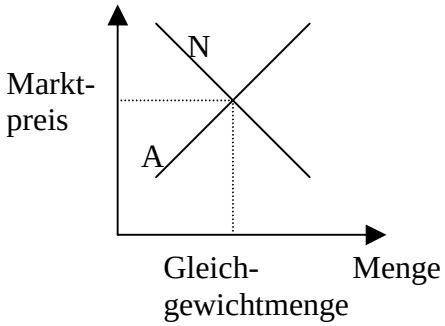
11.2 Markttypen

11.2.1 Marktgleichgewicht und –ungleichgewicht (vollkommener und unvollkommener Markt)

Marktgleichgewicht bedeutet das Übereinstimmen von Angebot und Nachfrage. Bringt man Angebots- und Nachfragegerade in einer Graphik zusammen, ergibt sich ein Schnittpunkt, in dem Übereinstimmung von Angebot und Nachfrage herrscht. Auf der Ordinate kann der zugehörige Preis abgelesen werden, der sogenannte Marktpreis oder Gleichgewichtspreis. Die Menge, die angeboten und nachgefragt wird, heißt Gleichgewichtsmenge.

Die Bedingungen für einen vollkommen Markt lauten:

- Nutzenmaximierung der Nachfrager / Gewinnmaximierung der Anbieter
- homogene Güter (die Güter werden von allen Marktteilnehmern als sachlich gleich eingeschätzt, es gibt keine Unterschiede in den Produkteigenschaft)
- keine persönliche Präferenzen (Kauf- und Verkaufsentscheidungen erfolgen niemals aus rein persönlichen Gründen, z. B. wegen der Freundlichkeit der Bedienung)
- keine zeitlichen Präferenzen (es besteht keine Unterschiede in den Lieferfristen: alle Anbieter sind stets in gleichen Ausmaß lieferfähig)
- keine räumliche Präferenzen (es besteht ein sog. Punktmarkt, d. h. es entstehen keine unterschiedlichen Transportkosten).



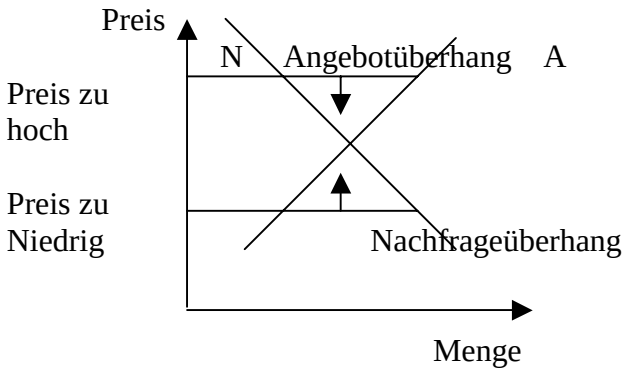
Der Marktpreis ist der Preis, bei dem Angebot und Nachfrage übereinstimmen

Aus den Bedingungen des vollkommenen Marktes ergeben Schlußfolgerungen:

- Auf einem vollkommenen Markt herrscht vollständige Konkurrenz.
- Für jedes Gut gibt es nur ein Preis, den Marktpreis.
- Angebot und Nachfrage stimmen überein: „Der Preis räumt den Markt".
- Für einzelne Anbieter und einzelnen Nachfrager ist der Marktpreis eine gebundene Größe, sie können ihn nicht beeinflussen.

In der Realität gibt es keine „vollkommene Märkte". Den Voraussetzungen am nächsten komme die Wertpapier- und Warenbörsen sowie der internationale Rohstoffmarkt. Alle anderen Märkte weichen mehr oder weniger stark vom vollkommenen Markt ab.

Marktungleichgewicht liegt immer vor, wenn der Preis existiert, bei dem Angebot und Nachfrage nicht übereinstimmen. Unter den Bedingungen eines vollkommenen Wettbewerbs werden jedoch Prozesses ausgelöst, die zu einem Marktgleichgewicht führen.

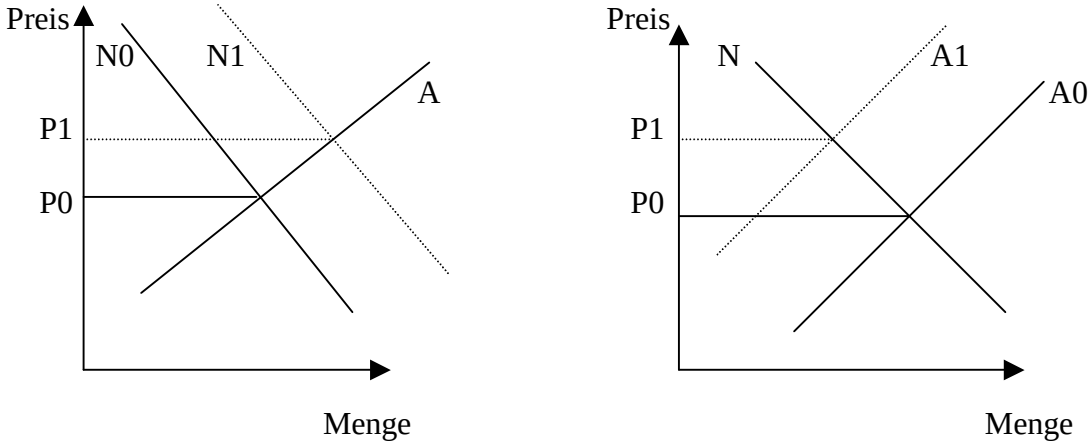


Liegt der Preis eines Gutes über den Marktpreis, so ist das Angebot größer als die Nachfrage, es herrscht Angebotsüberhang. Die Anbieter können ihr Angebot nicht vollständig absetzen. Die Folge wird sein: Preise werden gesenkt, dadurch steigt die Nachfrage und das Angebot wird eingeschränkt.

Liegt der Preis unter dem Marktpreis, so wird die Nachfrage größer als das Angebot ein. Es liegt ein Nachfrageüberhang vor. Die Folge wird sein: Preise werden erhöht, dadurch sinkt die Nachfrage und das Angebot nimmt zu.

Beispiel:

Angenommen, aufgrund eines allgemeinen Trends erhöht sich die gesamtwirtschaftliche Nachfrage nach einem Gut. Die Nachfragegerade wird nach rechts verschoben. Die Folge ist ein Steigen des Marktpreises und eine Erhöhung der Gleichgewichtsmenge. Steigen die Rohstoffpreise, so wird das gesamtwirtschaftliche Angebot eines Gutes verringert. Die Angebotskurve wird nach links verschoben. In der Folge steigt der Marktpreis und die Gleichgewichtsmenge sinkt.



11.3 Marktformen

Um die Preisbildung auf den zahlreichen real vorkommenden Märkten untersuchen zu können, ist es sinnvoll, diese Märkte in Gruppen einzuteilen. Bei der Untersuchung der Preisbildung ist es sinnvoll, die Märkte nach der Zahl der Anbieter und der Zahl der Nachfrager zu unterscheiden:

Polypol	viele Anbieter und Nachfrager
Oligopol	wenige Anbieter und Nachfrager
Monopol	ein Anbieter und viele Nachfrager

11. 3.1 Polypol

Hier treten sehr viele Anbieter und Nachfrager auf dem Markt auf. Es besteht ein vollständiger Konkurrenz. Preisvergleiche zwischen den Gütern sind schwierig, da diese in unterschiedlichen Qualitäten angeboten werden.
Der Polypolist auf dem unvollkommenen Markt kann innerhalb eines bestimmten Rahmens seine Preise erhöhen, ohne damit rechnen zu müssen, alle seine Kunden verlieren zu verlieren. Da er Präferenzen für sich und seine Produkte geschaffen hat, wird sein Absatz lediglich ein wenig zurückgehen. Erst beim Überschreiten einer bestimmten Preisgrenze werden sich die meisten seiner Kunden anderen Anbietern zuwenden. Ebenso kann er innerhalb eines gewissen Rahmens seine Preise senken, ohne damit rechnen zu müssen, sie gestiegen Nachfrage nicht mehr bedienen zu können. Innerhalb dieser oberen und unteren Preisgrenzen liegt der Polypolist auf dem unvollkommenen Markt den Preis fest, bei dem er den höchsten Gewinn macht. Beispiel: Einzelhandelsgeschäfte.

11.3.2 Oligopol

Das Oligopol ist die bei uns wirtschaftlich bedeutendste Marktform. Zahlreiche Konsumgüter des gehobenen Bedarfs werden von relativ wenigen Herstellern angeboten. Typische Beispiele sind z.B. Automobilsektor und die Mineralölkonzerne. Aufgrund einer geringen Anbieterzahl herrscht eine große Marktübersicht bezüglich des Angebots. Die wenigen Anbieter verfügen allerdings über einen hohen Marktanteil. Dadurch werden sich die Maßnahmen der Konkurrenz auf den eigenen Absatz in starkem Maße auswirken. Aus diesem Grund wird der Oligopolist die Maßnahmen seiner Mitbewerber genau beobachten. Will er seinen Preis erhöhen, so muß er damit rechnen, daß er aufgrund der hohen Marktübersicht spürbar Kunden verliert. Will er seinen Preis senken, so werden seine Konkurrenten reagieren und versuchen, ihn zu unterbieten. Aus diesem Grunde betreiben die Oligopolisten, wenn überhaupt, nur eine

sehr vorsichtige Preispolitik. Oligopolistische Märkte zeichnen sich durch eine gewisse Preisstarrheit aus. Um ihre Gewinne zu erhöhen, bedienen sich Oligopolisten anderen Maßnahmen als der Preispolitik: - Kostensenkung durch Rationalisierung, - Schaffung von Präferenzen durch Werbung und verkaufsfördernde Maßnahmen, - technische Neuerungen, - Innovationen.

11.3.3 Monopol

Monopolsituationen sind durch fehlenden Wettbewerb gekennzeichnet (keine Konkurrenz). Monopole kommen in der volkswirtschaftlichen Realität meist als Betriebe in staatlicher Hand vor (z.B. Deutsche Bahn, der Postdienst der Bundespost, im regional Bereich die Stadtwerke). Die Unternehmen sollen die Bevölkerung Kostendeckend mit Dienstleistung versorgen und unterliegen damit nicht dem Ziel der Gewinnmaximierung, sonder dem gemeinwirtschaftlichen Prinzip.

Angebotsmonopol

Ein Anbieter beliefert den ganzen Markt. Die Monopolsituation ist dann besonders ausgeprägt, wenn wenige oder gar keine Subtitionsgüter zur Verfügung stehen und das betreffende Gut dringende benötigt wird.
Gibt es dagegen reichlich Subtitonsgüter, so ist die Monopolstellung nur schwach ausgeprägt, der monopolistische Handelsspielraum ist auf einen engeren Preisbereich begrenzt.
Ein Monopolist ist in der Lage, die für ihn optimale Ausbringungsmenge (am Schnittpunkt von Grenzerlösfunktion und Grenzkostenfunktiont) am Markt zu jenem Preis zu verkaufen, den die Verbraucher bereit sind zu akzeptieren.

Nachfragemonopol

Hier liegt die Marktmacht ganz in den Händen des einzigen Käufers. Er kann den Preis bestimmen, vorausgesetzt, daß ein Angebot zu diesem Preis überhaupt möglich ist.

Bilaterales Monopol

Ein Anbieter steht einem Nachfrager gegenüber. Die Preisbildung erfolgt damit nicht auf einem anonymen Markt, sondern in einem Verhandlungsprozeß zwischen Anbieter und Nachfrager.

11.3.4 Funktion der Preise und des Wettbewerbs

Den Preisen und dem Wettbewerb kommen in der Marktwirtschaft zentrale Bedeutung zu. Der Preismechanismus und der Wettbewerbsmechnanismus erfüllt folgende Funktionen

11.3.4.1 Funktionen der Preise

1. *Informations- und Signalfunktion*
   Die Marktteilnehmer werden darüber informiert, wie knapp ein Gut ist. Liegt ein Nachfrageüberhang vor, so steigen die Preise. Liegt ein Angebotsüberhang vor, sinken die Preise.
2. *Koordinationsfunktion*
   Der Preis sorgt für den Ausgleich von Angebot und Nachfrage. Sobald eine Störung des Gleichgewichts vorliegt, verändert sich der Preis und stellt ein neues Gleichgewicht her.
3. *Selektionsfunktion*
   Auf dem Markt setzen sich die leistungsstärksten Marktteilnehmer durch. Nicht konkurrenzfähige Anbieter werden herausgedrängt. Der Preismechanismus zwingt so zu ständiger Innovation und Erhöhung der Produktivität.
4. *Lenkunsfunktion*
   Über den Preismechanismus werden Produktionsfaktoren zu den Verwendungszwecken gelenkt, die den größten Ertrag und Nutzen bringen. Auf dieses Weise wird Verschwendung von Ressourcen vermieden.
5. *Verteilungsfunktion*
   Die Preise bestimmen auch die Verteilung der Einkommen entsprechend der produktiven Leistung. Damit ist nicht die persönliche Arbeitsleistung des einzelnen gemeint, sondern die produktive Leistung, die die einzelnen Produktionsfaktoren im Prozeß der Leistungserstellung erbringen.

11.3.4.2 Funktion des Wettbewerb

1. *Freiheitsfunktion*
   Wettbewerb sorgt für mehr Handlungsalternativen. Die Nachfrager können aus einem vielfältigeren Angebot auswählen; die Anbieter können ihr Angebot kretiver gestalten als die anderen.
2. *Kontrollfunktion*
   Die Nachfrager kontrollieren durch ihre Kaufentscheidung die Anbieter und umgekehrt, die einzelnen Anbieter kontrollieren sich gegenseitig, weil sich jeder Marktteilnehmer an der Leistung seiner Konkurrenz messen lassen muß.
3. *Steuerungsfunktion*
   Wettbewerb beschleunigt die Koordination zwischen Angebot und Nachfrager und stellt auf Dauer ein bedarfsgerechtes Angebot von Gütern sicher, weil die Anbieter auf Änderungen des Verbrauchsverhaltens reagieren müssen.
4. *Anreizfunktion*
   Die Anbieter sind ständig bemüht, ihre Produkte zu verbessern, ihre Produktionspalette zu erneuern, kostengünstigere Produktionsverfahren ein zusetzen und technische Fortschritte rasch zu nutzen.
5. *Anpassungsfunktion*
   Wettbewerb zwingt die Anbieter, sich rasch an veränderte Marktdaten anzupassen: durch flexible Anpassung der Produktionsprogramme, -verfahren und –kapazitäten.
6. *Auslesefunktion*
   Wettbewerb sorgt für eine Auslese der Marktteilnehmer nach dem Kriterium der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Stets kommen nur die leistungsfähigsten Anbieter und Nachfrager zum Zug.
7. *Verteilungsfunktion*
   Wettbewerb auf den Faktormärkten sorgt dafür, daß die Entlohnung der Produktionsfaktoren deren jeweiliger Leistung entspricht. Damit wird eine leistungsorientierte Einkommensverteilung hergestellt.

11.3.4.2.1 Bedeutung des funktionsfähigen Wettbewerbs

Der Wettbewerb umfaßt alle Komponenten des Leistungswettstreits am Markt, z.B. Qualitätswettbewerb, Service, Zahlungsbedingungen usw.
Wettbewerb entsteht durch das Streben der einzelnen Marktteilnehmer, ihre individuelle Situation zu verbessern. Das Denken an den eigenen Vorteil, der durch ein besseres bzw. billigeres Angebot am Markt erzielen werden kann, bringt einen dynamischen Wettbewerbsprozeß hervor.
Nur ein funktionsfähiger Wettbewerbsprozeß bewirkt auf Dauer

- ein bedarfsgerechtes Angebot an Sachgüter und Dienstleistungen
- kostengünstige Produktionsverfahren
- eine konsequente Nutzung des technischen Fortschritts
- ständige verbesserte und neue Produkte und Dienstleistungen
- für die Verbraucher günstige Preise
- eine leistungsgerechte Verteilung

11.4 Eingriffe in die Marktpreisbildung

11.4.1 Staatliche Eingriffe

Steuern

Durch die Höhe und Ausgestaltung der Verbrauchssteuern beeinflußt der Staat die Marktpreise. Er nimmt damit auch Einfluß auf die Verbrauchsgewohnheiten der Bürger. Durch höhere Verbrauchssteuern für ein bestimmtes Gut verteuert sich das betreffende Gut und dies bewirkt eine sinkende Nachfrage. Ein Beispiel wäre die Ökosteuer, die dazu führen soll das der Verbrauch von Energie zurückgedrängt wird.

Subventionen

Durch Subventionen wird der Marktpreis des subventionierten Güter gesenkt. Die erwünschten Folgen von Subventionen sind die Stärkung strukturschwacher Betriebe, Branchen. Die produzierten Güter sollen dadurch auf dem Markt konkurrenzfähig werden. Subventionen führen aber auch zu Wettbewerbsverzerrung, da die nicht subventionierten Unternehmen benachteiligt werden.

Mindestpreis

Ein Mindestpreis ist eine staatlich verordnete niedrigste Preisgrenze für ein bestimmtes Gut, die nicht unterschritten werden darf. Der festgesetzte Preis liegt dabei über den Gleichgewichtspreis. Ziel der Mindestpreisverordnung ist der Schutz der Anbieter. Mindestpreise gibt es im EU-Agrarmarkt. Den Landwirten soll durch die Mindestpreisverordnungen, verbunden mit Abnahmegaratien für die produzierten Mengen, eine Einkommensstabilisierung bzw. eine Verbesserung ihrer Einkommenssituation zugestanden werden. Die Folgen sind: Es entstehen Überproduktion und Angebotsüberschüsse, verbunden mit hohen Lagerkosten.

Die EU muß jetzt gegensteuern, um das Angebot zu dämmen z.B. Prämien für freiwillige Reduzierung des Angebots vergeben.

Höchstpreis

Ein Höchstpreis ist die Verordnung eines Preises für ein bestimmtes Gut, wobei der festgesetzte Preis unterhalb des Gleichgewichtspreises liegt. Ziel der Höchstpreisverordnung ist der Schutz der Nachfrager.

Um die Wirkung der Verordnung erzielen zu können, müssen andere Maßnahmen durchgeführt werden z.B.

- Subventionen, damit das Angebot in einem gewissen Umfang überhaupt vorhanden ist
- Kontingentierung und Rationierung, um die Nachfrage auf diesen Umfang des Angebots zu begrenzen.

Ein weiteres Problem ist die zu erwartende Entstehung von Schwarzmärkten, auf die ein erheblicher Teil des Angebots abfließt.

11.4.2 Eingriffe privater Unternehmen

Zusammenschlüsse

Unternehmenszusammenschlüsse können aus vielfältigen Motiven heraus erfolgen. Letztlich soll durch sie die Gewinnsituation verbessert werden (Hauptziel). Ein Zusammenschluß fördert dieses Ziel durch verbesserte Erreichung wichtiger Teilziele z.B.

- Erhöhung der Wirtschaftlichkeit von Produktion und Verwaltung (Rationalisierungseffekte, sinkende Stückkosten)
- Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit oder der Marktmacht gegenüber Konkurrenten
- Erhöhung der Machtposition gegenüber den Lieferanten, Kunden und Kreditgebern
- Stärkung der Finanzkraft (z.B. für Forschung und Entwicklung)

Nach der Art (Zusammenschlüsse)

Horizontale: Unternehmen der gleichen Produktions- oder Handelsstufe (Brauerrei mit Brauerrei)

Vertikale: Unternehmen aufeinander folgender Produktions- oder Handelsstufe (Erzbergwerke- Eisenhütte- Walzwerke- Stahlhandel)

Diagonale (Konglomerat): Unternehmen mit sehr unterschiedlichen Produktionsprogramm

Nach der Form

Kartelle

Bei eine, Kartell handelt es sich um den Zusammenschluß wirtschaftlich und rechtlich selbständiger Unternehmen, die aber ihre wirtschaftliche Selbständigkeit auf einigen Gebieten aufgeben. Es existieren vertragliche Vereinbarungen zu bestimmten Teilbereichen.

Interessengemeinschaft
Bei der Interessengemeinschaft handelt es sich um vertragliche Vereinbarungen rechtlich selbständiger Unternehmen zur Förderung gemeinsamer Interessen. Es kann sich z.B. um Abstimmungen in der Forschungs- und Entwicklungstätigkeit handeln.

Konsortium
Ein Konsortium ist ein Zusammenschluß von Unternehmen von zeitlich begrenzter Dauer zur Durchführung eines gemeinsamen Vorhabens. So werden z.B. Aktien häufig von Bankenkonsortien ausgegeben.

Syndikat
Hierbei handelt es sich um eine Gesellschaft, die gemeinsam von den beteiligten Unternehmen gegründet wird. Aufgabe dieser Gesellschaft ist es, für die beteiligten Unternehmen den Vertrieb durchzuführen.

Konzern
Ein Konzern ist der Zusammenschluß rechtlich selbständiger Unternehmen unter einheitlicher Leitung bei Aufgabe der wirtschaftlichen Selbständigkeit. Zur gemeinsamen Leitung der einzelnen Konzernunternehmen wird meistens eine spezielle Gesellschaft gegründet, die sogenannte Holding.

Fusion
Dies ist die Vereinigung von Unternehmen unter Aufgabe ihrer wirtschaftlichen und rechtlichen Selbständigkeit zugunsten einer neuen großen Unternehmenseinheit. Im Ergebnis der Fusion entsteht ein Trust.

11.4.3 Volkswirtschaftliche Problematik

Durch Unternehmenszusammenschlüsse lassen sich zweifellos einzelwirtschaftliche Ziele besser verfolgen. Auch aus volkswirtschaftlicher Sicht wird man Unternehmenszusammenschlüsse nicht von vornherein ablehnen. Größere Unternehmenseinheiten sind oft die Voraussetzung für Produktivitätssteigerungen und für eine Verbesserung der internationalen Wettbewerbsposition. Eine Einheitliche Normung, wie sie z.B. im DIN-Kartell festgelegt wird, wirkt wettbewerbsfördernd und ist daher erwünscht. Höchst problematisch werden Unternehmenszusammenschlüsse aber immer dann, wenn sie die Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs einschränken und wenn in der Folge die Marktpreise das Ergebnis von Marktmacht sind anstatt das Ergebnis eines Leistungswettstreits. Der Staat muß daher durch geeignete Maßnahmen bewirken, daß der Wettbewerb in ausreichender Intensität erhalten bleibt, so daß sich keine Einzelinteressen gegenüber dem Gesamtinteressen aller Marktteilnehmer durchsetzen können.

11.5 Das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)

Der Staat in der sozialen Marktwirtschaft hat die Aufgabe, den Wettbewerb zu schützen. Um den negativen Auswirkungen der Unternehmenskonzentration begegnen zu können, wurde am 1. Januar 1985 das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) verabschiedet. Es wird auch Kartellgesetz genannt. Für die Umsetzung der Wettbewerbspolitik ist das Organ das Bundeskartellamt in Berlin zuständig.

11.5.1 Ziele des GWB

Die Bestimmungen des GWB haben zum Ziel, den Bestand des Wettbewerbs zu gewährleisten durch

- Verbote von wettbewerbsbeschränkenden Kartellen und Absprachen
- die Möglichkeit von Kooperationserleichterungen für kleine und mittlere Unternehmen
- Kontrolle der Konzentrationsprozesse, um das Entstehen von marktbeherrschenden Stellungen nach Möglichkeit zu verhindern
- Mißbrauchsaufsicht gegenüber Unternehmen, die eine marktbeherrschende Stellung innehaben

11.5.2 Gesetzliche Regelungen mit Ausnahmen

Das Kartellgesetz enthält ein grundsätzliches Verbot von Kartellen. Allerdings sieht das Gesetz auch Ausnahmeregelungen vor. So können bestimmte Kartelle vom Bundeskartellamt genehmigt werden, andere müssen nur angemeldet und unterliegen der Aufsicht des Kartellamtes. Die wichtigsten Bestimmungen bietet die folgende Übersicht.

Anmeldepflichtige Kartelle: werden durch Anmeldung wirksam, z.B. Norm- und Typenkartell, reines Exportkartell

Widerspruchkartelle werden wirksam, wenn das Bundeskartellamt nicht widerspricht, z.B. Konditionkartell, Rabattkartell

Erlaubniskartell werden nur nach ausdrücklicher Genehmigung durch das Bundeskartellamt wirksam, z.B. Rationalisierungskartell. Importkartell, Strukturkrisenkartell

Verbotene Kartelle sind z.B. Preiskartell, Gebietskartell. Quotenkartell

Fusionskontrolle

Das Kartellgesetz hat auch die Aufgabe Fusionen zu kontrollieren. Sie müssen unter folgende Bedingungen angezeigt werden:

- wenn die beteiligten Unternehmen einen Marktanteil von 20% oder mehr erreichen
- wenn ein beteiligtes Unternehmen auf einem anderen Markt einen Marktanteil von mindestens 20% hat
- wenn die beteiligten Unternehmen vor dem Zusammenschluß mindestens 10000 Beschäftigte oder 500 Mio. DM Umsatz hatten.

Das Kartellamt kann eine Fusion untersagen oder nur unter Auflagen zulassen, wenn dadurch eine marktbeherrschende Stellung entsteht. Der Bundeswirtschaftsminister kann die Entscheidung des Kartellamtes aufheben.

11.5.3 Problematik bei der Anwendung des GWB

Die konsequente Umsetzung der Instrumente des GWB erweist sich in der Praxis oft als schwierig. Es ist z.B. in der Praxis keineswegs einfach, den „relevanten“ Markt zeitlich, räumlich und sachlich richtig abzugrenzen. Hierauf beruht aber die Bestimmung von Marktanteilen und auf dieser wiederum die Entscheidung, ob eine marktbeherrschende Stellung überhaupt vorliegt. Auch die Beweisführung zum Mißbrauch einer marktbeherrschenden Stellung ist nur schwer zu erbringen. Bis endgültige Entscheidungen vorliegen, können Jahre vergehen. Inzwischen kann sich die Marktsituation bereits wieder deutlich verändert haben.

12 Die Europäische Union

12.1 Europäische Union

Politische und ökonomische Beweggründe führten nach den Zweiten Weltkrieg zu einem Prozeß zunehmender Integration und Zusammenarbeit zwischen einer wachsenden Anzahl europäischer Nationen. Durch die Zusammenarbeit der Staaten sollte die Sicherheit und der Frieden erhalten sowie die Freiheit und Mobilität der Bürger gestärkt werden. Darüber hinaus erhoffte man durch den Integrationsprozeß auch ein Anwachsen des wirtschaftlichen Wohlstands. Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind bislang :
Frankreich, Italien, Deutschland, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Großbritannien, Irland, Dänemark, Griechenland, Spanien, Portugal, Schweden, Finnland und Österreich.

12.1.1 Ziele und Aufgaben

- Angleichung der Wirtschaftspolitiken der Mitgliedsländer und Förderung des europäischen Handels durch Schaffung des Binnenmarktes
- Ausgleich unterschiedlicher regionaler Entwicklungen
- Zusammenarbeit auf den Gebieten Forschung, Technologieentwicklung und Umweltschutz
- Schaffung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, die einen Beitrag zu Wahrung des Friedens und zur Bekämpfung und Hunger, Armut und Unterentwicklung leisten soll
- Zusammenarbeit auf den Gebieten Justiz und Inneres

- Schaffung einer gemeinsamen Sozialpolitik
- Aufbau einer Wirtschafts- und Währungsunion
- Schaffung einer europäischen Unionsbürgerschaft

12.1.2 Organe der Europäischen Union

Europäischer Rat

Er setzt sich zusammen aus den Regierungschefs der Mitgliedsländer und dem Präsidenten der Europäischen Kommission. Er hat die Aufgabe, der Union für ihre Entwicklung grundlegende Impulse zu geben und die allgemeinen politischen Zielvorstellungen festzulegen.

Europäischer Ministerrat

Er besteht jeweils aus den für ein Sachgebiet zuständigen Ministern (Fachminister) der Mitgliedsstaaten. Er ist in der EU das gesetzgebende Organ, d.h. er entscheidet über Verordnung und Richtlinien.

Europäische Kommission

Er setzt sich zusammen aus 19 weisungsabhängigen Kommissionsmitgliedern und dem Kommissionspräsidenten. Er ist das ständige durchführende Organ der EU (Exekutivorgan). Seine Aufgaben bestehen aus: Erstellung der Vorlagen für Entscheidungen des Ministerrates, Verwaltung der Gemeinschaft und Vertretung gegenüber internationalen Organisationen.

Europäisches Parlament

Besteht aus 626 direktgewählten Angeordneten aus 15 Mitgliedstaaten. Hat die Aufgaben als „Berater, Kritiker und Kontrolleur“ von Ministerrat und Kommission.

Europäischer Gerichtshof

Besteht aus 13 Richtern und sechs Generalanwälte. Entscheidet über Rechtsstreitigkeiten, die Europäisches Recht betreffen und wacht über die Einhaltung der Vertragsbestimmungen.

Europäisches Rechnungshof

Er kontrolliert die Ausgabenpolitik der EU. Jährlich wird ein Rechnungsprüfungsbericht herausgegeben.

12.1.3 Finanzierung

Die EU wird von den Mitgliedsstaaten finanziert.

12.2 Europäischer Binnenmarkt

Unter einen Binnenmarkt versteht man die Schaffung eines Wirtschaftsraums ohne innere Grenzen. Ein Binnenmarkt setzt grundlegende Freiheiten um Wirtschaftsleben voraus: Der Marktzugang darf nicht diskriminiert werden, der Markt muß offen sein für alle Anbieter und Nachfrager als Wirtschaftsgebietes, freier Handel mit Gütern und Kapital muß gewährleistet sein.

Die Gebiete sind:

Freier Warenvekehr

Abbau aller Handelbeschränkungen innerhalb der EU (Grenzkontrollen). Angleichung bzw. Anerkennung von Lebensmittel- und Arzneimittelrecht, Vorschriften für Gesundheits- und Pflanzenschutz und sonstigen technischen Normen und Zulassungsverfahren. Harmonisierung der Mehrwert- und Verbrauchssteuern.

Freizügigkeit

Freizügigkeit bedeutet freie Einreise, freier Aufenthalt, freies Wohnrecht, Niederlassungsfreiheit und Freiheit der Arbeitsplatzwahl innerhalb der EU. Diese Freiheit sind weitestgehend durchgesetzt worden. Für die Freiheit der Arbeitsplatzwahl müssen die unterschiedlichen Aus- und Weiterbildungsabschlüsse aneinander angepaßt werden.

Freier Dienstleistungsverkehr

Wie für den Warenverkehr sollen auch für den Dienstleistungsverkehr alle Hemmnisse abgebaut werden. Auf diesem Gebiet sind aber noch viele Anpassungen nationaler Regelungen nötig, so z.B. die Kfz-Steuer, der Treibstoffsteuer, den

Straßenbenutzungsgebühren, den Arbeitsbedingungen für Fernfahrer, den Regelungen über Gefahrenguttransporte.

Freier Kapitalverkehr

Freier Kapitalverkehr bedeutet, daß Geldanleger ihr Geld über alle europäischen Grenzen ohne Einschränkungen fließen lassen können. Damit wird ermöglicht, daß das Kapital sich in Europa die günstigsten Anlagemöglichkeiten suchen kann.

12.2.1 Chancen und Risiken für den Wirtschaftsstandort Deutschland

Chancen

- Kosten der Grenzkontrollen und Wartezeiten an den Grenzen entfallen; die unmittelbare Abwicklung des Außenhandel wird einfacher und schneller.
- Das Güterangebot wird durch die Zunahme des Wettbewerbs im Binnenmarkt vielfältiger, besser und oft auch preisgünstiger. Die erhöht die Nachfrager und schafft Produktionsanreize.
- Der stärkere Wettbewerb und die sinkenden Produktionskosten pro Einheit wirken stabilisierend auf das Preisniveau. Dies ermöglicht ein niedriges Zinsniveau und verbessert Investitionsbedingungen.

Risiken

Der Wettbewerb wird durch den Binnenmarkt intensiviert, und die Unternehmen müssen sich an die veränderten Bedingungen anpassen. Sie müssen sich intensiv bemühen um:

- Optimale Produktionsverfahren (Rationalisierung und Kostendeckung)
- Gezielte Produktionspolitik und Produktinnovation
- Geeignetes Absatzstrategien und mehr Marketing usw.

12.3 Europäisches Währungssystem (EWS)

Das EWS wurde 1979 als Währungssystem der EG (bzw. EU) –Staaten gegründet. Ziel war es, durch Einführung fester Wechselkurse Kursrisiken und daraus entstehende Kosten zu vermeiden, um den innereuropäischen Handel zu fördern. Dazu wurde eine künstliche Währung geschaffen, der ECU. Es handelt sich um eine sogenannte Korbwährung, da sich der Wert aus den verschiedenen nationalen Währungen zusammensetzt, die alle mit einem bestimmten Gewicht einfließen.
Für alle beteiligten Währungen wurden die Leitkurse gegenüber dem Ecu festgesetzt (z.B. 1 ECU = 195952 DM). Mit Hilfe dieser Leitkurse konnten nun die Paritäten zwischen den einzelnen Währungen berechnet werden. Innerhalb einer gewissen Bandbreite sollten die einzelnen Währungen schwanken dürfen. Bei einer Abweichung von mehr als 2,25% nach oben oder nach unten waren die Notenbanken verpflichtet zu intervenieren. Von Zeit zu Zeit kam es zu Schwierigkeiten im EWS. So mußten Leitkurse durch Auf- oder Abwertungen verändert werden. Im Jahre 1993 war aufgrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten der Bestand des EWS gefährdet. Die beteiligten Länder haben sich deshalb darauf geeinigt, die Bandbreite für Wechselkursschwankungen vorübergehend auf 15% nach oben und 15% nach unten zu erhöhen.

12.4 Europäische Wirtschaft- und Währungsunion (EWWU)

Auf dem Gipfel von Maastricht wurde beschlossen, bis zum Jahr 1999 eine Wirtschafts – und Währungsunion einzuführen. Das bedeutet, daß zunächst die Wechselkurse der beteiligten Währungen untereinander unwiderruflich festgelegt werden. Bis zum Jahr 2002 sollen dann die beteiligten nationalen Währungen durch die neue Währung – den EURO- ersetzt werden. Im Jahr 1994 wurde zur Vorbereitung der Währungsunion das Europäische Währungsinstitut (EWI) mit Sitz in Frankfurt am Main gegründet. Es wird gemeinsam mit den Zentralbanken der beteiligten Länder die Funktion einer Europäischen Zentralbank übernehmen. Mit Beginn der Währungsunion werden die einzelnen Zentralbanken ihre Selbständigkeit verlieren. Die Aufgaben der primären Geldschöpfung und der Steuerung der Geldmenge wird dann die Europäische Zentralbank übernehmen. Dabei wird sie ähnlich wie die Deutsche Bundesbank autonom, d.h. unabhängig von Regierungen, handeln.
Vorteile einer Währungsunion liegen in dem Wegfall von Kosten, die durch den Geldwechsel entstehen, insbesondere aber im Wegfall des Währungsrisikos im innergemeinschaftlichen Handel.

12.4.1 Konvergenzkriterien des Maastrichter Vertrages

An der Endstufe der EWWU können nach dem Maastrichter Vertrages nur diejenigen EU-Staaten teilnehmen, welche die Stabilität ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik bewiesen haben, indem sie die sogenannten Konvergenzbedingungen erfüllen können. Durch die Konvergenzkriterien soll sichergestellt werden, daß nur Staaten mit nachgewiesener „Stabilitätskultur“ und bereits erreichter Preisniveaustabilität an der gemeinsamen Währung Anteil haben. Die Vorschriften zur Haushaltspolitik verlangen eine auf Dauer angelegte solide Finanzpolitik der Teilnehmerländer, weil die Erfahrung zeigt, daß von unsoliden Staatsfinanzen inflationäre Impulse ausgehen.

Die Konvergenzkriterien im einzelnen:

- Die Inflationsrate darf höchsten 1,5 Prozentpunkte sein als die der drei preisstabilsten EU-Länder.
- Die Nettoneuverschuldung darf höchsten 3% und die Staatsverschuldung höchsten 60% des Bruttoinlandsproduktes betragen.
- Der durchschnittliche Zinssatz für langfristige Staatsanleihe darf höchstens 2 Prozentpunkte über dem der drei preisstabilsten EU-Länder liegen.
- Die nationale Währung muß ohne Abwertung mindestens zwei Jahre vor Beginn der Währungsunion am Wechselkursmechanismus des EWS teilnehmen.

12.4.2 Stabilitätspakt

Der Europäische Rat hat Ende 1996 in Dublin einen Stabilitätspakt beschlossen, der den Mitgliedsländern der Währungsunion der Einhaltung der Konvergenzkriterien auch während der Währungsunion zwingend vorschreibt. Im Falle einer übermäßigen Neuverschuldung (>3% des BIP) müssen die betreffend Staaten unverzinsliche Einlagen leisten, die bei der Europäischen Kommission hinterlegt werden.

12.5 Aufgabe der Deutschen Bundesbank

Zentrale Rolle im Geld- und Kreditwesen der BRD spielt die Deutsche Bundesbank. Als Zentralbank im Eigentum des Bundes hat sie das alleinige Recht, Banknoten und Münzen in Umlauf zu bringen. Die Deutsche Bundesbank ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Sie ist von Weisungen der Bundesregierung unabhängig und damit autonom. Die Autonomie der Deutschen Bundesbank ist insbesondere bei der Inflationsbekämpfung erforderlich, weil Parlamente und Regierung erfahrungsgemäß dazu neigen, mehr Geld auszugeben, als der Staat einnimmt. Die Filialen der Deutschen Bundesbank sind die Landeszentralbanken.

Das Bundesbankgesetz weist der Bundesbank folgende Aufgaben zu:

- Als Hüterin der Währung ist sie verantwortlich für die Sicherung der Stabilität der Preise.
- Als „Bank der Banken“ sorgt sie für die Versorgung der Geschäftsbanken mit Geld. Alle Geschäftsbanken haben ein Konto bei der Bundesbank.
- Als „Hausbank der Bundesregierung“ sorgt sie den Staatshaushalt mit Krediten, sorgt für die Anlage von Kassenüberschüssen und berät die Regierung.
- Als „Trägern des Zahlungsverkehrs mit dem Ausland“ kauft und verkauft sie Devisen.

12.5.1 Währungspolitische Maßnahmen der Deutschen Bundesbank

Mindestreservepolitik

Mindestreserven sind Guthaben, die die Kreditinstitute zinslos bei der Deutschen Bundesbank halten müssen. Diese Guthaben stehen den Banken nicht für das Kreditgeschäft zur Verfügung. Will die Bundesbank den Kreditspielraum der Banken und damit die Geldmenge verändern, kann sie je nach Situation die Reserversätze erhöhen oder senken.

Diskontpolitik

Der Diskontsatz ist der Zins, zu dem die Bundesbank von den Kreditinstituten Wechsel ankauft. Dieser Diskontsatz hat die Funktion eines Leitzinses für die gesamte Wirtschaft, da sich die Banken hinsichtlich der eigenen Zinsforderungen bei ihren Kreditgeschäften hieran orientieren.

Rediskontpolitik

Mit Hilfe der Rediskontpolitik beeinflußt die Bundesbank die Höhe des Wechselvolumens, das sie bereit ist, von den Banken anzukaufen.

Durch eine Veränderung des Wechselkontingentes erweitert oder beschränkt die Bundesbank die Möglichkeit der Banken, Wechsel an die Bundesbank zu verkaufen, um sich dadurch Geld für ihre Kreditgeschäfte zu beschaffen.

Lombardpolitik

Bei dringenden Geldbedarf können die Banken gegen Verpfändung ihrer Wertpapiere beider Bundesbank Kredit aufnehmen. Der Zins, den die Bundesbank dafür verlangt, heißt Lombardsatz. Er liegt in der Regel 2% über dem jeweiligen Diskontsatz. Durch Veränderung des Lombardsatzes beeinflußt demnach die Bundesbank die Breitschaft, einen solchen Kredit aufzunehmen.

Offenmarktpolitik

Die Offenmarktpolitik besteht darin, daß die Bundesbank am „offenen Markt" Wertpapiere kauft und verkauft. Bei einem Kauf stellt sie der Wirtschaft Geld zur Verfügung, bei einem Verkauf wird der Wirtschaft Geld entzogen.

12.6 Stellung und Aufgaben der Europäischen Zentralbank (EZB)

Das Europäische Zentralbanksystem (ESZB) besteht aus der EZB und den nationalen Notenbanken. Der Europäischen Zentralbanken kommen folgende Aufgaben zu:

- Festlegung und Ausführung der Geldpolitik der Gemeinschaft
- Durchführung der Devisengeschäfte im Rahmen der Wechselkurspolitik der Gemeinschaft
- Verwaltung der offiziellen Währungsreserven der Mitgliedsstaaten
- Förderung eines reibungslosen Zahlungsverkehrs
- Genehmigung der Banknotenausgabe der nationalen Notenbanken

Die EZB handelt –ebenso wie alle beteiligten nationalen Notenbanken- bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben unabhängig von Weisungen des Ministerrats und der Kommission. Sie darf keine Kredite zur Finanzierung von Aufgaben der öffentlichen Haushalte gewähren. Im Rahmen ihrer Aufgaben kann die EZB Verordnungen und Entscheidungen erlassen sowie Stellungnahmen und Empfehlungen abgeben. Eine Verordnung der EZB gilt allgemein, ist in allen Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedsland. Eine Entscheidung der EZB ist in allen Teilen für diejenigen verbindlich, gegen die sie gerichtet ist. Empfehlungen und Stellungnahmen sind nicht verbindlich.

12.7 Bedeutung der EWWU aus Unternehmenssicht

Die EWWU verstärkt die Vorteile des Binnenmarktes durch eine einheitliche Währung.

- Der Währungsumtausch entfällt innerhalb des Euro-Gebietes und der Zahlungsverkehrs zwischen den Mitgliedsstaaten wird weniger aufwendig.
- Kurssicherungskosten fallen für den Handel innerhalb der Währungsunion weg.
- Die Import- und Exportabwicklung wird durch die einheitliche Währung erheblich vereinfacht.
- Die Planungs- und Kalkulationssicherheit der Unternehmen steigt durch den Wegfall der Wechselkursschwankungen.
- Der Aufwertungsdruck, dem deutsche Unternehmen in der Vergangenheit auch innerhalb Europa häufig ausgesetzt waren, entfällt.

12.7.1 Problem und Risiken der EWWU

Die EWWU birgt auch Problem und Risiken:

- Die Einführungsphase der Währungsunion ist mit hohen Kosten im Banksystem und bei den Unternehmen verbunden.
- Gelingt es der EZB nicht, auf Dauer die Geldwertstabilität zu erhalten, und entsteht inflationäre Tendenzen, so ist ein Zinsanstieg die Folge, mit negativen Auswirkungen auf Investitionen, Wachstum und Beschäftigung.
- Wird der Euro gegenüber dem Dollar niedriger bewertet als derzeit die DM, so begünstigt dies zwar die Exportwirtschaft, aber gleichzeitig verteuern sich im Importe (Rohstoffeinfuhr, Öl)
- Eine eventuelle Abwertung des Euro gegenüber dem Dollar würde zudem zu einer Zunahme der Kapitalexporte und einem Rückgang der Kapitalimporte führen.

13 Standortfaktoren und Standortwahl bei Industrie- und Handelsunternehmen

13.1 Standortbegriffe

Unter einem Standort versteht man die räumliche-geographische Positionierung von Unternehmen und Unternehmensteilen. Die Entscheidung über den betrieblichen Standort zählt zu jenen grundsätzlichen Unternehmensentscheidungen, die nur schwer und unter hohen Kosten rückgängig gemacht werden können. Daher ist die Wahl des richtigen Standorts für die Leistungsfähigkeit eines Unternehmens außerordentlich wichtig. Der Standort beeinflußt die Kostensituation, die Absatzmöglichkeiten und die Entwicklungsfähigkeit eines Unternehmens erheblich. Er kann existenzentscheidend sein. Nicht immer ist ein Unternehmen grundsätzlich frei in seiner Standortentscheidung. Im Bergbau ist die Standortentscheidung z.B. gebunden an Rohstoffvorkommen, bei Werften an einen geeigneten Hafen usw.

13.2 Standortfaktoren

Einflußfaktoren auf die betriebliche Standortentscheidung bezeichnet man als Standortfaktoren. Man unterscheidet:

- ***Materialorientierung:*** Um Transportkosten zu sparen, soll sich der Betrieb in der Nähe der Rohmaterialien ansiedeln. In einem Produktionsprozeß werden meistens mehrere Rohmaterialien benötigt. Kommen diese aus unterschiedlichen Regionen, so muß entschieden werden, welcher Rohstoff für die Standortwahl ausschlaggebend sein soll.
- ***Arbeitsorientierung:*** Bei der Arbeitsorientierung geht es um das Lohnniveau und um die Anzahl der vorhandenen Arbeitskräfte mit der nötigen Qualifikation. Die Höhe des Lohnniveaus spielt bei der Verlagerung von Produktionen ins Ausland vielfach eine große Rolle. Betriebe, die besondere spezialisierte Arbeitskräfte benötigen, werden diesen Bedarf bei der Standortwahl ebenfalls berücksichtigen.
- ***Abgabenorientierung:*** Bei der Abgabenorientierung geht es um die Höhe der Steuern, Beiträge und Gebühren, die an den Staat zu entrichten sind. Innerhalb Deutschlands spielen dabei insbesondere Unterschiede beim Hebesatz für die Gewerbesteuer eine Rolle. Darüber hinaus werden in strukturschwachen Gebieten Steuervergünstigungen oder Investitionsbeihilfen gewährt.
- ***Verkehrsorientierung:*** Bei der Verkehrsorientierung geht es um die vorhandene Infrastruktur, insbesondere um die Straßenanbindung, Schienenanbindung und Hafenanbindung, eventuell auch um die Nähe zum Flughafen. Die Nähe zum Flughafen wird bei Betrieben bevorzugt, die Massengüter aus Überseegebieten importieren. Ein Freihafen ermöglicht es, Güter bis zum Verkauf zollfrei zu lagern, was die Kapitalbindung verringert. Die Verkehrsorientierung dient der Minimierung der Transportkosten.
- ***Energieorientierung:*** In Deutschland spielt die Energieorientierung kaum noch eine Rolle, da alle Regionen in gleichem Maße zu weitgehend gleichen Bedingungen mit Energie versorgt werden.
- ***Umweltorientierung:*** Aufgrund der Umweltschutzgesetzgebung existieren für viele Betriebe behördliche Beschränkungen. Diese sehen das Verbot der Ansiedlung in Wohngebieten oder Landschaftsschutzgebieten vor oder enthalten Auflagen bezüglich der Gestaltung der Anlagen, der zugelassenen Emissionen, des Lärmschutzes usw. Die Erfüllung dieser Auflagen ist in der Regel mit hohen Kosten verbunden. Neben den behördlichen Auflagen müssen Betriebe bei ihrer Standortwahl die öffentliche Meinung beachten. Das gilt insbesondere, wenn eine gesundheitliche Gefährdung von diesen Betrieben ausgehen könnte (Atomkraftwerke).
- ***Absatzorientierung:*** Bei der Absatzorientierung geht es darum, den Standort so zu wählen, daß eine optimale Absatzgestaltung erreicht wird. Insbesondere ist zu untersuchen, wie sich die Zahl der möglichen Abnehmer in dem

betreffenden Gebiet entwickelt, wie sich die Bevölkerung zusammensetzt, welches Käuferverhalten vorliegt, wie die Einkommensstruktur aussieht, in welchem Ausmaß Konkurrenz vorhanden ist und wie die auftritt und wie die Verkehrsverhältnisse für die Verbraucher aussehen (Parkmöglichkeiten, Verkehrsmittel (Bus, Bahn), Straßenanbindung).

- ***Eigenschaften des potentiellen Standortes:*** Dabei geht es um Grundstückskosten, Erschließungskosten, mögliche Altlasten, Auflagen der Behörden bei der Erschließung usw. Dieser Faktor hat gegenüber den anderen Faktoren eine nachrangige Bedeutung, da es sich um einmalige Kosten bei der Gründung handelt. Bei der Auswahl zwischen ansonsten gleichwertigen Standorten kann dieser Faktor aber durchaus ausschlaggebend sein.
  Welche Standortfaktoren ein besonderes Gewicht erlagen, hängt im wesentlichen vom Betriebszweck ab. Bei rohstoffintensiven Industriebetrieben wird die Materialorientierung und die Verkehrsorientierung eine groß Rolle spielen. Einzelhandel- und Dienstleistungsbetriebe werden sich vorrangig am Absatz orientieren. Bei Im- und Exportunternehmen, die mit Massengütern handeln, wird die Verkehrsorientierung von entscheidender Bedeutung sein.

13.3 Standortspaltung

Die bedeutet die Dezentralisierung der betrieblichen Leistungserstellung an mehreren Standorten. Die Standortspaltung erfolgt z.B. nach Produktionsgruppen oder nach Absatzgebieten. Durch die Zerlegung des Gesamtbetriebes in räumliche getrennte und unterschiedliche große Teilbetriebe können Standortgebundenheiten und Standortvorteile für einzelne Bereiche besser Berücksichtigt werden.

13.4 Standort Bundesrepublik Deutschland

Die Bedeutung der BRD als Industriestandort wird an ihrem Stellenwert im Weltexport (hinter USA, vor Japan) deutlich. Produkte des Maschinenbaus, der Automobilindustrie, der Elektrotechnik, der chemischen Industrie sind nach wie vor überall auf der Welt begehrt.

Als Standortvorteile der BRD gelten z.B.

- das Vorhandensein einer insgesamt ausgewogenen Wirtschaftsstruktur und eines großen Absatzmarktes
- viele leistungsfähige und flexible mittelländische Unternehmen
- das hohe Ausbildungsniveau der Erwerbstätigen und die hohe Arbeitsproduktivität
- die gut ausgebaute Infrastruktur
- ein hohes Maß an sozialem Frieden.

Nachteilig wirken sich aus

- die vergleichsweise hohen Arbeitskosten (zusätzlich Lohnnebenkosten) und nicht hinreichend flexible Arbeitsmärkte
- eine vergleichsweise hohe Steuerbelastung der Unternehmen
- eine Vielzahl an bürokratischen Hürden und einzuhaltenden Bestimmungen und der damit verbundene Zeit- und Kostenaufwand
- die noch nicht ausreichende Bereitstellung von Wagniskapital
- gesellschaftliche Akzeptanzprobleme für zukunftsträchtige Forschungs- und Anwendungsbereiche.

14 Produktionsfaktoren im Betrieb

In der Volkswirtschaft werden die Produktionsfaktoren Arbeit, Boden (Natur) und Kapital unterschieden. In der Betriebswirtschaft werden Arbeit, Betriebsmittel und Werkstoffe unterschieden.

14.1 Arbeit

Gemeint ist immer menschliche Arbeit, d.h. der Einsatz von körperlicher und geistigen Kräften in der Produktion. Der Produktionsfaktor „Arbeit“ wird unterteilt in objektbezogene oder ausführende Arbeit sowie leitende oder dispositive Arbeit.

Objektbezogene Arbeit umfaßt immer einen bestimmten abgegrenzten Aufgabenbereich.
Dispositive Arbeit ist Führungstätigkeit im Unternehmen um umfaßt die Aufgaben Zielsetzung, Planung, Organisation, Entscheidung und Kontrolle.

$$\textit{Arbeitsproduktivität} = \frac{\textit{Produktionsergebnis (Stückzahl)}}{\textit{Arbeitsstunden bzw. Arbeitskräfte}}$$

Die Arbeit erbringt betriebliche Leistungen und führt zu Kosten in Form von Löhnen, Gehältern sowie Sozialleistungen.

14.2 Betriebsmittel

Betriebsmittel sind Anlagen, Ausstattungsgegenstände und Arbeitsmittel die im betrieblichen Leistungsprozeß benötigt werden. Dazu gehören Grundstücke, Gebäude, technische Anlagen, Maschinen, Fahrzeuge, Werkzeuge, Büroausstattungen usw.
Betriebsmittel erleiden im Produktionsprozeß einen Wertverlust, der in Form von Abschreibungen erfaßt wird. Abschreibungen sind Kosten, die in die Erfolgsrechnung des Unternehmens eingehen.

$$\textit{Kapazitätsausnutzungsgrad} = \frac{\textit{Ist- Beanspruchung}}{\textit{Kann- Beanspruchung}} \times 100$$

14.3 Werkstoffe

Werkstoffe sind Roh-, Hilfs-, und Betriebsstoffe sowie Halbfertigerzeugnisse. Sie werden im Produktionsprozeß be- und verarbeitet. Rohstoff gehen dabei als Hauptbestandteil in das Endprodukt ein (z.B. Holz bei der Herstellung eines Schrankes). Hilfsstoffe sind Nebenbestandteile des Endproduktes (z.B. Leim). Betriebsstoffe werden im Produktionsprozeß verbraucht (z.B. Treibstoffe, Schmierstoffe).
Der Wert der verbrauchten Materialien geht als Kosten in die Erfolgsrechnung des Unternehmens ein.

14.4 Zusammenwirken der Produktionsfaktoren

Die Faktoren ausführende Arbeit, Betriebsmittel und Werkstoffe werden auch als „Elementarfaktoren“ zusammengefaßt und dem „dispositiven Faktor“ gegenübergestellt. Dem dispositiven Faktor kommt die Aufgabe zu, die Elementarfaktoren optimal zu kombinieren. Dabei kommt es darauf an, die Faktoren so zu kombinieren, daß zur Erreichung eines bestimmten Zieles ein Minimum an Kosten entsteht. Diese optimale Faktorenkombination nennt man auch „Minimalkostenkombination“.

15 Betriebliche Funktionsbereiche in wechselseitigen Beziehungen

15.1 Einteilung betrieblicher Funktionsbereiche

Die betriebliche Gesamtaufgabe der „Leistungserstellung für Dritte“ läßt sich als Aneinanderreihung von Teilaufgaben (Funktion) darstellen. Dabei sind unterschiedliche Aufteilungen möglich. Immer gilt aber, daß das betriebliche Gesamtergebnis anhängt von

- der Leistung (Effizienz) jedes einzelnen Teilbereiches und von
- dem harmonischen Zusammenwirken der einzelnen Funktionen (Koordination sämtlicher Funktionsbereiche).

Nach der jeweiligen Aufgabenstellung lassen sich folgende Teilgebiete abgrenzen:

Absatz bzw. Marketing: Die Absatzwirtschaft umfaßt alle Tätigkeiten, Maßnahmen und Einrichtungen, die den Verkauf der betrieblichen Leistungen betreffen. Die Bedeutung dieser Funktion geht weit über ein „passives“ Verkaufen hinaus. Anspruchsvolle Kunden und zunehmende Konkurrenz zwingen die Unternehmen dazu, Marktchancen systematisch aufzuspüren, also ein aktive Haltung gegenüber dem Absatzmarkt einzunehmen. An den Kunden und ihren Bedürfnissen muß folgerichtig die gesamte Produktion, die Beschaffung, die Personalplanung usw. Ausgerichtet werden.

Produktion: Die Produktion ist der Bereich der Leistungserstellung. Sie ist damit die Kernfunktion in Industriebetrieben. In der Produktion werden die Produktionsfaktoren so kombiniert,

daß die Fertigerzeugnisse auf kostengünstige Weise hergestellt werden. Die Produktion ist eng verzahnt mit den anderen betrieblichen Funktionen.

Die Aufgaben der Produktionswirtschaft umfassen Planung (Entwicklung neuer Produkte, Arbeitsplanung, Bereitstellungsplanung usw.), die Steuerung (optimale Losgrößen, kurze Durchlaufzeiten usw.) und die Kontrolle (Qualitätssicherung) der Produktion.

Materialwirtschaft: Aufgabe der Materialwirtschaft ist die kontinuierliche Beschaffung und die Lagerung von Roh-, Hilfs-, und Betriebsstoffen, fremdbezogenen Zulieferteilen, Handelswaren usw. Die benötigten Güter sollen in der richtigen Menge zum richtigen Preis am richtigen Ort zur richtigen Zeit bereitstehen: Qualitäts-, Kosten-, Liquiditäts-, und Versorgungssicherheitsaspekte müssen beachtet werden. Die Materialwirtschaft beeinflußt die Produktions- und Absatzmöglichkeiten, den Kapitalbedarf und die Liquidität des Unternehmens.

Investition: Investition ist die zeitweilige Bindung von Kapital im Vermögen des Unternehmens. Produktionsanlagen binden z.B. über lange Zeit hinweg Kapital und sind für die Kapazität des Betriebs, für Erlös- und Kostenentwicklungen entscheidend. Deshalb werden vor der Beschaffung Investitionsrechnungen (Wirtschaftlichkeitsrechnungen) durchgeführt: Erwartete Gewinne, Kosten, Risiken, wirtschaftliche Nutzungsdauer usw. werden ermittelt und mit Investitonsalternativen verglichen. Das optimale Investitonsprogramm ist jenes, das insgesamt die höchstmögliche Rendite erwarten läßt. In welchem Umfang Investitionen aber tatsächlich durchgeführt werden können, hängt von den Möglichkeiten und Kosten der Kapitalbeschaffung (Finanzierung) ab.

Finanzierung: Die Finanzierung (Kapitalbeschaffung ist die Voraussetzung für die Beschaffung der Betriebsmittel und Werkstoffe. Nach dem Kriterium der Kapitalherkunft unterscheidet man Außen- und Innenfinanzierung.

Durch Außenfinanzierung werden dem Unternehmen von außen finanzielle Mittel zugeführt, z.B. durch Aufnahme neuer Gesellschafter oder durch Kredite (Fremdkapital).

Von Innenfinanzierung spricht man, wenn dem Unternehmen aus dem Umsatzprozeß finanzielle Mittel zufließen (z.B. nicht entnommen Gewinne, Abschreibungen, Teilveräußerungen von Anlagevermögen oder durch Rückstellungen).

Personalwesen: Die Aufgaben des Personalwesen betreffen insbesondere die Ermittlung und Planung des Personalbedarfs, die Personalbeschaffung, die Personaleinstellung und -entlassung, den Personaleinsatz, die Personalentwicklung, die Personalverwaltung, Lohn- und Gehaltsabrechnung, Arbeitsschutz und Unfallverhütung. Das Personalwesen arbeitet eng mit allen betrieblichen Funktionen zusammen.

Rechnungswesen: Das betriebliche Rechnungswesen beinhaltet alle Verfahren zur Erfassung des betrieblichen Geschehens in Zahlen. Die Entwicklung aller Zahlungs- und Leistungsströme wird hier dokumentiert und analysiert. Das Rechnungswesen dient damit der Rechenschaftslegung, der Information, der Steuerung und Kalkulation sowie der Kontrolle der betrieblichen Abläufe. Es umfaßt vier Teilgebiete, die in enger Verbindung miteinander stehen und zum Teil das gleiche Zahlenmaterial verwenden, allerdings unter verschiedenen Gesichtspunkten aufbereitet: Buchführung und Jahresabschluß beruhen auf gesetzliche Vorschriften, Kostenrechnung, betriebliche Statistik und Planungsrechnungen sind darüber hinausgehende wichtige Steuerungsinstrumente.

Forschung und Entwicklung (F&E): Der Bereich F&E dient der Anpassung der Produkte bzw. des Sortiments an die Bedürfnisse des Marktes. Durch ständige Verbesserung und Neuentwicklung von Produkten sollen Marktanteile gehalten und ausgebaut sowie neue Märkte erschlossen werden. Auf den meisten Gütermärkten ist das Angebot größer als die Nachfrage. Die Konkurrenz zwing dazu, den Mitbewerbern in Qualität, Serviceleistungen und Innovationen „eine Nasenlänge voraus“ zu sein. F&E geschieht in enger Abstimmung mit dem Bereich Marketing.

Insbesondere müssen die Ergebnisse der Marktforschung berücksichtigt werden. Außerdem ist eine enge Abstimmung mit der Produktion erforderlich, damit die technische Umsetzung gewährleistet ist.

15.2 Zielvorstellungen

Rein ökonomisch betrachtet, streben alle Erwerbs- bzw. kapitalwirtschaftlich orientierten Unternehmen langfristig nach möglichst hohen Erfolg: Erträge und Renditen sollen sich langfristig möglichst positiv entwickeln. Der Unternehmenswert soll kontinuierlich gesteigert werden. Diese Ziele können aber nur erreicht werden, wenn die Kunden zufrieden sind, wenn das Unternehmen wettbewerbsfähig bleibt, wenn im Unternehmen motiviert und konstruktiv zusammengearbeitet wird, wenn die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen passen usw. Der Zielkatalog eines Unternehmens darf daher nicht von vornherein zu eng gefaßt sein.

15.2.1 Zielarten

1 Monetäre und nichtmonetäre Ziele

Monetäre Ziel lassen sich in Geldeinheiten messen, z.B. Gewinn, Umsätze, Liquidität. Nichtmontäre Ziele lassen sich nicht in Geldeinheiten messen, z.B. Image, Umweltziele, Arbeitsplatzsicherung.

2 Unbegrenzte und begrenzte Ziele

Von unbegrenzten Ziele spricht man, wenn ein maximaler Zielerreichungsgrad angestrebt wird z.B. Gewinnmaximierung, Kostenminimierung. Begrenzte Ziele werden durch einen vorgegeben Wert charakterisiert z.B. Steigerung des Gewinns um 10%.

3 Zeitliche Befristungen

Durch sie wird festgelegt, in welchem Zeitraum welche Ziele zu erfüllen sind (Unterscheidung in kurz-, mittel- und langfristige Ziele). Kurzfristig können z.B. bei einer Sonderaktion Gewinneinbußen hingenommen werden, wenn das langfristig zu einer Gewinnerhöhung führt.

4 Ziele unterschiedlicher Rangordnung

Nach Rangordnung unterschieden werden Ober- Zwischen- und Unterziele. Aus dem Oberziel müssen Zwischen- und Unterziele abgeleitet werden, damit der Beitrag jedes Bereiches, jeder Abteilung, jeder Gruppe und jedes Mitarbeiters zum Oberziel festgelegt werden kann.

15.2.2 Zielkonflikte

Die einzelnen Zielsetzungen lassen sich häufig nicht reibungslos miteinander vereinbaren. Konkurrierende Ziele führen immer zu Konfliktsituationen, in denen Prioritäten gesetzt bzw. Kompromisse gefunden werden müssen. Dies kann z.B. geschehen, indem Zielgrößen der Vorrang eingeräumt und die andere Zielgröße als Nebenbedingungen formuliert wird.
Ein Zielkonflikt könnte etwa auftreten, wenn einerseits die Qualität der Produktion oder d es Service gleichbleibend hoch sein soll, anderseits aber die Produktionskosten drastisch gesenkt werden sollen. Denkbare Lösung: Minimierung der Produktionskosten bei Einhaltung vorgegebener Qualitätsstandards.

15.2.3 Zielfindungsprozesse

Der Erfolg eines Unternehmens hängt letztlich davon ab, ob es ihm gelingt, den Ansprüchen gerecht zu werden, die intern und extern formuliert werden. Die Unternehmensleitung kann keineswegs autonom Ziele festlegen. Realistische Zielfindungsprozesse knüpfen an Erwartungen z.B. der Kapitalgeber, der Kunden, der Mitarbeiter, der Lieferanten usw. an und versuchen, diese zu erfüllen:

- Eigenkapitalgeber erwarten z.B. hohe Gewinnausschüttungen, vor allem aber Wertsteigerungen des Unternehmens
- Fremdkapitalgeber erwarten einen reibungslosen Schuldendienst
- Die Kunden erwarten qualitativ hochwertige Leistungen zu günstigen Preisen, guten Service, rasche Lieferungen usw.
- Die Lieferanten erwarten günstige Lieferkonditionen, pünktlichen Zahlungseingang und anhaltende Lieferverbindungen
- Die Mitarbeiter erwarten ein gutes und gesichertes Einkommen, Entfaltungsmöglichkeiten am Arbeitsplatz, ein gutes Betriebsklima usw.

- Die Gemeinden und der Staat erwarten die Bereitstellung von Arbeitsplätzen, die Einhaltung gesetzlicher Vorschriften, Steuern und Sozialabgaben, Beiträge zu Kultur und Bildung usw.

16 Betriebswirtschaftliche Information-, Kontroll- und Planungsinstrumente

16.1 Planung und Entscheidung

Planung ist die gedankliche Vorbereitung von Entscheidungen. Planung beinhaltet stets eine rationale, methodisch-systematische und Zielgerichtete Vorgehensweise.
Planung, Kontrolle und Informationsverarbeitung sind zentrale betriebliche Aufgaben, die in allen Bereichen eines Unternehmens vorkommen.
Die Planung stellt innerhalb eines Unternehmens ein permanent benötigtes Führungsinstrument dar und kann daher nicht losgelöst betrachtet werden von der Struktur der Organisation. Das Planungs- und Kontrollsystem ist in die Aufbauorganisation eingebettet und dort im Sinne einer Ablauforganisation installiert. Die Elemente, die bei der Lösung planischer Aufgaben zusammenwirken, bilden eine organisierte Struktur innerhalb der gesamten Unternehmensstruktur, das sogenannte Planungssystem, das alle Abteilungen einer Unternehmung durchzieht und daher nicht allein auf eine Planungsabteilung oder einen Planungsstab beschränkt ist.
Als Basis wie auch als ständige Begleiterin der Planung ist die informationelle Fundierung anzusehen. Gleiches gilt für die mit der Planung und Planrealisierung untrennbar verbundene Kontrolle.

16.2 Ablauf und Organisation der Planung

16.2.1 Ablauf der Planung

Der Planungsprozeß kann in fünf Phasen aufgegliedert werden:

1 Zielanalyse
- welche Zielgröße sind vorgegeben und in welcher Beziehung stehen sie zueinander?
- Welche Zielvorschriften sind formuliert, d.h. wird Minimierung, Maximierung angestrebt?
- Welche Zieldauer wird angestrebt?

2 Problemanalyse
- Problemerkenntnis: Worin liegt das Problem? Liegen Erfahrungen aus früheren Plänen vor?
- Problemformulierung: Auf welche Problemstellung wird die Planung begrenzt?

3 Alternativanalyse
- suche nach Handlungsmöglichkeiten
- präzise Formulierung des Problems

4 Prognose
- Lage- und Entwicklungsprognose: wie wird sich die Entscheidungsgröße (Umsatzsteigerung) in Zukunft entwickeln?
- Wirkungsprognose: welche Auswirkungen haben die Handlungsalternativen auf das Geschehen?
- Wahrscheinlichkeitsprognose: wird sich die Entscheidungsgröße realisieren, ja oder nein?

5 Bewertung
- eine Handlungsalternative wird zu Durchführung herangezogen noch dem Vergleichen.

16.2.2 Organisation der Planung

Allgemeine Grundsatzplanungen (z.B. Rechtsformen, Leitlinien zur Unternehmenspolitik) und langfristige, strategische Rahmenplanungen (Grobplanungen) sind stets eine Angelegenheit der Unternehmensleitung, während kurzfristige Teilplanungen, möglichst „umsetzungsnah“ durchgeführt werden sollten. Weil im Unternehmen viele Teilplanungen mit unterschiedlichem Planungshorizont zu erstellen sind, muß über die Koordination der einzelnen Teilplanungen entschieden werden.

1 Zentrale Planung

Im Rahmen einer zentralen Vorgehensweise werden aus den Grundsatz- und Grobplanungen der übergeordneten Ebenen alle untergeordneten Teil- und Feinplanungen abgeleitet. Diese Vorgehensweise gewährleistet weitgehende Zielkonvergenz und geringe Koordinationsprobleme zwischen den einzelnen Funktionen. Es kann eine geschlossene Gesamtstrategie für das ganze Unternehmen entwickelt werden (Top-down-Ansatz).

Nachteil

Ein hoher Zentralisationsgrad aller Planungsprozess birgt aber die Gefahr in sich, daß die zielsetzende Instanz Planungen ohne ausreichende Sachinformation entwirft.

2 Dezentrale Planung

Im Rahmen einer dezentralen Planung werden Teilplanungen, in der Regel kurzfristige Planungen, durch die jeweilige Abteilungsleitung erstellt und dann schrittweise von unten nach oben zusammengefaßt. Die Führungsspitze koordiniert die Teilplanungen und leitet daraus den unternehmerischen Gesamtplan ab (Botton-top-Ansatz).

Nachteil

Koordinationsprobleme zwischen den einzelnen Funktionen können auftreten und es kann zu Zieldivergenzen kommen.

Vorteil

Bessere Informationsbasis liegt vor, höhere Mitarbeitermotivation auf den unteren Planungsebenen, weil sie von vornherein am Planungsprozeß beteiligt sind.

16.3 Entscheidungsprozeß im Betrieb

Entscheidungen, also das Auswählen zwischen verschiedenen Handlungsalternativen, begleiten das gesamte Leben. Auch wenn dies dem handelnden Menschen in alltäglichen Situationen nicht ständig bewußt ist, gibt es jedoch zu jeder Aktion mindestens eine Alternative, nämlich ihre Unterlassung. Eine Entscheidung bewußt zu treffen heißt, Handlungsalternativen zu entwerfen und zu beurteilen, also Aufwand, Nutzen und Konsequenzen jeder zur Auswahl stehenden Aktion abzuwägen und die Ergebnisse zu vergleichen. Dies setzt vielfältige Kenntnisse, etwa über übergeordnete Ziele, Handlungsspielräume, Methoden und Techniken der Bewertung, Umweltentwicklungen und –reaktionen voraus: Entscheidungen erfordern Information. Erfolgt eine Entscheidung aufgrund bereits vorhandenen Erfahrungswissens, so heißt dies nicht anders, als daß in der Vergangenheit bereits Informationen aufgenommen und verarbeitet wurden. Fehlt das Erfahrungswissen, müssen Informationen beschafft, bewertet und verarbeitet werden.
Auch der betriebliche Alltag ist von der Notwendigkeit, Entscheidungen zu treffen, durchzogen. Die Entscheidungsspielräume der einzelnen Stelleninhaber sind dabei durch die bestehende Organisationsstruktur vorgegeben. Diese Organisationsstruktur ist das Ergebnis einer langfristig Wirksamen Planung. Planung erstreckt sich aber nicht nur auf die Schaffung langlebiger Strukturen, sondern findet in allen Lebensphasen und allen Arbeitsbereichen einer Unternehmung statt. In allen Phasen der Planung sind wiederum Entscheidungen zu treffen, etwa darüber,

- ob eine Problemlösung angestrebt und eine entsprechende Planung in Gang gesetzt werden soll,
- welche Personen mit der Planung oder mit Teilaufgaben im Rahmen der Planung betraut werden sollen,
- welche Ziele mit der Planung erreicht werden sollen
- welche Planalternative letztlich zur Ausführung gelangen soll usw.

Planung ist folglich ein Entscheidungsprozeß.

16.4 Kontrolle als permanenter Prozeß

Die Kontrolle schließt sich an die Planung und ihre Umsetzung (Realisation) an. Sie liefert durch Ermittlung der Abweichungen zwischen Ist-Werten und Soll-Werten die Basis für das Erkennen und Beseitigen von Schwachstellen. Die Abweichungen zeigen, daß sich entweder die Planvoraussetzungen geändert haben, oder daß die bisher angewandten Methoden nicht den gesetzten Zielen entsprachen. Die Planung ist ohne Überwachung unvollständig und zwangsläufig fehlerhaft, weil sie bei der Folgeplanung auf Informationen über festgestellte Abweichungen und deren Ursachen angewiesen ist. Hieraus ergeben sich wichtige Ansatzpunkte für die weitere Optimierung. Umgekehrt braucht das Handeln die Orientierung an rationalen Planvorgaben, wenn es zielgerichtet erfolgen soll.

16.5 Instrumente der Planung und Entscheidungsfindung

16.5.1 Kennzahlsystem

Kennzahlen unternehmerischen Erfolgs zeigen an, in wieweit die Zielsetzungen erreicht werden konnten. Sie geben damit Auskunft über Leistungen und Erfolg. Der Vergleich periodisch erhobener Kennzahlen spiegelt die Entwicklung des Unternehmens wider und liefert Informationensgrundlagen für die weitere Planung.

Im wesentlichen zu unterscheiden sind:

- ***Produktivitätsgrößen***
  Sie geben als technische Kennziffer Auskunft über die mengenmäßige Ergiebigkeit einer Tätigkeit

$$Produktivität = \frac{Produktionsmenge}{Faktoreinsatzmenge}$$

$$Arbeitsproduktivität = \frac{Stückzahl}{Arbeitsstunden}$$

- ***Wirschaftslichkeitsgrößen***
  Sie zeigen, inwieweit es dem Unternehmen gelungen ist, die Produktionskosten zu decken und Gewinne zu erzielen.

$$Wirtschaftlichkeit = \frac{Umsatzerlös}{Kosten} \quad bzw. \quad \frac{Ertrag}{Aufwand}$$

  Wirtschaftlichkeit < 1 = Es entstehen Verluste
  Wirtschaftlichkeit = 1 = Die Kosten können gedeckt werden
  Wirtschaftlichkeit > 1 = Es entstehen Gewinne

- ***Rentabilitätsgrößen***
  Sie zeigen an, mit welchem Einsatz der Gewinn erzielt wurde.

$$Eigenkapitalrendite = \frac{Gewinn}{Eigenkapital} \times 100$$

$$Gesamtkapitalrendite = \frac{Gewinn + Fremdkapitalzinsen}{Gesamtkapital} \times 100$$

$$Umsatzredite = \frac{Gewinn}{Umsatz} \times 100$$

- ***Umschlaggrößen***
  Er gibt an, welcher Umsatz mit dem investierten Kapital zu erzielen ist.

$$Kapitalumschlag = \frac{Umsatz}{Gesamtkapital}$$

  Kombiniert man Umsatzrendite und Kapitalumschlag, so erhält man den ROI (Return of Investment)

$$ROI = \frac{Gewinn}{Umsatz} \times \frac{Umsatz}{Gesamtkapital} \times 100$$

- ***Finanzierungsgrößen***
  Sie geben Auskunft über die Finanzierungsstuktur

$$Eigenkapitalanteil = \frac{Eigenkapital}{Gesamtkapital} \times 100$$

$$Fremdkapitalanteil = \frac{Fremdkapital}{Gesamtkapital} \times 100$$

$$Verschuldungsgrad = \frac{Eigenkapital}{Fremdkapital} \times 100$$

- **Vermögensgrößen**
  Sie geben den Vermögensaufbau wider

$$\text{Anlagevermögensanteil} = \frac{\text{Anlagevermögen}}{\text{Gesamtvermögen}}$$

$$\text{Umlaufvermögensanteil} = \frac{\text{Umlaufvermögen}}{\text{Gesamtvermögen}}$$

16.5.2 Konkurrenzanalyse

Im Rahmen einer Konkurrenzanalyse wird der Zustand und das Handeln von Konkurrenzunternehmen untersucht (Strukturen, Produkte, Preispolitik, Umsatzentwicklung, Marktanteil usw.)
Eine solche Analyse ist vor allem in Oligopolmärkten wichtig, weil dort eine besondere ausgeprägt Reaktionsverbundenheit herrscht und auf Maßnahmen der Konkurrenz rasch reagiert werden muß bzw. Reaktionsmöglichkeiten der Konkurrenz auf eigene Maßnahmen abgeschätzt werden müssen. Konkurrenzanalysen sind auch die Voraussetzung dafür, eigene vergleichsweise Stärken bzw. Schwächen zu ermitteln.

16.5.3 Marktanalyse

Die Marktanalyse verschafft durch systematisches Erfassen und Beobachten von Gegebenheiten, Zusammenhängen, Vorgängen und Verhaltensweisen auf den relevanten Märkten ein größeres Maß an Markttransparenz. Marktforschung trägt damit dazu bei, sämtliche Beschaffungs- und Absatzpläne auf eine sichere Entscheidungsgrundlage zu stellen. Sie vermindert generell das Entscheidungsrisiko. Genaue Marktanalysen sind die Basis jedes Marketing-Konzepts. Sie liefern Informationen über die gegenwärtige Marktlage und über erwartete Veränderungen durch

- Ermittlung des Verhalten und der Struktur der Nachfrager: Zahl der Nachfrager, Bedarf und Bedarfsintensität, Kaufkraft und Verhaltensweisen
- Ermittlung des Verhaltens und der Struktur der Konkurrenz

Ebenso geben sie Anhaltspunkte zu den Wirkungsweisen unterschiedlicher absatzpolitischer Instrumente.
Darüber hinaus sind Marktanalysen die Voraussetzung zur Ermittlung der eignen Marktposition, d.h. des absoluten und relativen Marktanteils:

$$\textit{Relativer Marktanteil} = \frac{\textit{eigener Marktanteil}}{\textit{Marktanteil des stärksten Konkurrenten}}$$

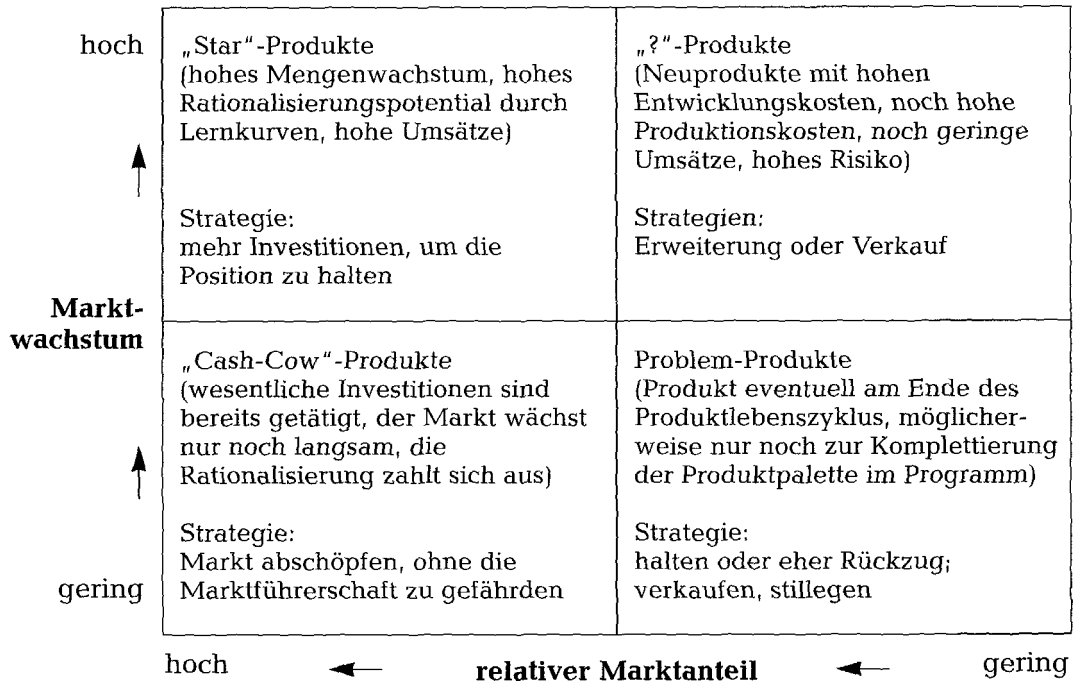
Relativer Marktanteil < 1 = keine Marktführerschaft
Relativer Marktanteil > 1 = es liegt die eigene Marktführerschaft vor

16.5.4 Portfolioanalyse

Das Portfolio eines Unternehmens gibt Auskunft über Art und Umfang seiner Aktivitäten. Es zeigt, welche Produkte an welchen Orten angeboten werden. Welches Portfolio in Zukunft erfolgversprechend ist, hängt ab von

1. den Chancen und Risiken des unternehmerischen Umfelds, also der Marktentwicklung, weil
   - z.B. bei einem hohen Wachstum des Gesamtmarktes der Preiskampf nicht so extrem ist wie in schrumpfenden Märkten
   - steigende Stückzahlen in der Produktion Rationalisierungsmöglichkeiten eröffnen
   - in Zunkunftsmärkten die Nachfrage gesichert ist.
2. den gegenwärtigen und künftigen Stärken und Schwächen des Unternehmens selbst. Einen guten Maßstab hierfür liefert der relative Marktanteil, den das Unternehmen erreicht hat bzw. erreichen kann.

Von dieser Wissensbasis ausgehend kann dann eine im Hinblick auf das Erfolgspotential optimale Kombination strategischer Geschäftsfelder (Produkt-Markt-Kombination) ermittelt werden. Welche Produkte sollen in Zukunft bei welcher Marktentwicklung angeboten werden? Eine Portfolio-Martrix veranschaulicht diese Zusammenhänge:

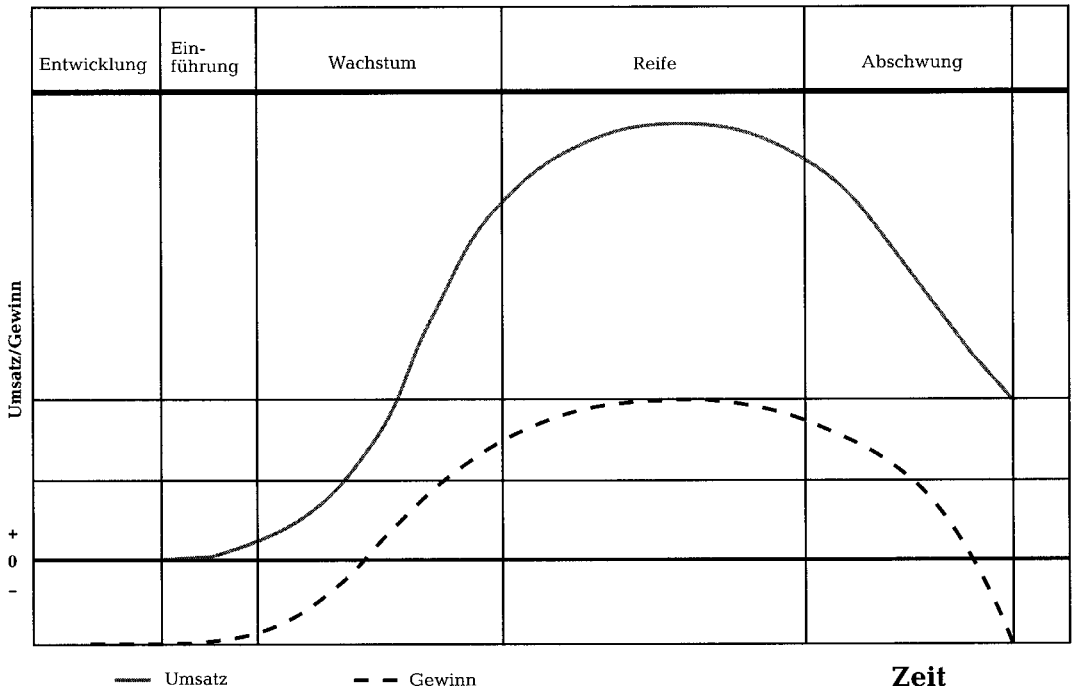


16.5.5 Produktlebenszykluskurve

Die Produktlebenszykluskurve zeigt den Umsatzpfad eines Produkts im Zeitablauf, von seiner Einführung auf dem Markt bis zur Herausnahmen aus dem Produktionprogramm. Aus der Umsatzentwicklung kann auf die Entwicklung des Gewinns und des Liquiditätsflusses geschlossen werden, der durch das Produkt erzielt wird.
Die Produktlebenszykluskurve liefert damit wichtige Informationen für strategische Entscheidungen. Durch Beachtung der Lebenszykluskurven der Unternehmensprodukte kann verhindert werden, daß durch ein veraltetes Produktionsprogramm Risiken entstehen.

Beispiel für einen Produktlebenszyklus und seine Phasen

Phasen	*Merkmale*
Entwicklung	Durch die Neuentwicklung fallen Kosten an, ohne daß ein Umsatz erzielt werden kann.
Einführung	Die Umsatzzahlen steigen nur langsam an, Produktionskapazitäten und Absatzwege müssen erst aufgebaut werden. Hohe Kosten, noch kein Gewinn.
Wachstum	Durch zunehmende Bekanntheit und wachsende Nachfrage steigt der Umsatz stark an; hohe Produktionsmengen senken die Stückkosten; der Gewinn steigt stark an (der Cash Flow aber noch nicht: hohe Investitionen sind noch nötig).
Reifezeit	Der Umsatz erreicht seinen Höhepunkt und kann nicht mehr weiter gesteigert werden, entwickelt sich aber auf diesem Niveau noch stabil Rationalisierungseffekte durch Großserien und Lernkurven sichern noch Den Gewinn (der Cash Flow erreicht in dieser Phase seinen Höhepunkt Weil die erforderlichen Investitionen getätigt sind).
Abschwung	Die Nachfrage bricht stark ein, die Umsatzzahlen gehen rapide zurück, ebenso der Gewinn. Bei hohen Fixkosten können schnell Verlust eintreten.


Entwicklung
Ein-
führung
Wachstum
Reife
Abschwung
Umsatz/Gewinn
+
0
–
Umsatz
Gewinn
Zeit